

**28./29. November '87**

**Aktions- und Strategiekonferenz der Friedensbewegung  
Mensa der Bonner Universität, Nassestr. 11**

## **Diskussionsbeiträge**

**Inhalt:**

<i>Martin Singe:</i>	Gerichte und Blockaden .....	2
<i>Gregor Witt (DFG-VK):</i>	Null-Lösung - Anfang einer neuen Politik? .....	3
<i>Thomas Schmidt (IKvu):</i>	Westeuropa braucht eigene Abrüstungsschritte .....	6
<i>Achim Maske (KoFAZ):</i>	Vom Einstieg zum Ausstieg .....	7
<i>BUF-Trägerkreis:</i>	... ein Grund zum Feiern für die Friedensbewegung? .....	10
<i>Mechthild Jansen:(BW-Nein)</i>	Plädoyer für eine positive Friedensdoktrin .....	13
<i>Karlheinz Koppe (Pax Christi):</i>	Friedensbewegung - und was jetzt? .....	15
<i>Die GRÜNEN:</i>	Wer Null will darf nicht Null tun.....	17
<i>Kongreßbüro:</i>	Internationaler Pädagogen-Friedenskongress in der BRD Mai '88.....	19
	Musteranzeige / Anmeldungscoupon .....	20

Liebe Freundinnen und Freunde,

In Bonn werden Ende dieses Monats Menschen aus allen politischen Gruppierungen der Friedensbewegung, aus Friedensinitiativen aller Regionen und Delegationen der Friedensbewegungen anderer Länder zusammentreffen.

Die Strategiekonferenz soll in erster Linie Diskussionscharakter haben. Eine Woche vor dem Gipfeltreffen von US-Präsident Reagan und KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow, bei dem ein Abkommen zur Beseitigung von Waffen unterzeichnet werden wird, gegen die wir jahrelang gekämpft haben, stehen wir vor der Notwendigkeit einer Neuorientierung der weiteren Arbeit. Es gibt gute Gründe, das nicht nur auf die Frage nach den nächsten tagesaktuellen Forderungen zu reduzieren, sondern auch die Frage zu diskutieren, ob die Friedensbewegung nicht auch selbst ein Neues Denken und Handeln entwickeln müßte.

Von Bonn aus soll eine breite und offene Diskussion in die gesamte Friedensbewegung getragen werden.

Die Einladung und die Vorschläge zum Ablauf der Konferenz und der Arbeitsgruppen habt Ihr bereits erhalten. Einige Diskussionsbeiträge zum Stand der Friedensbewegung, ihrer Aufgaben und Ziele und ihrer Zukunft haben wir in diesem Rundbrief zusammengefaßt. Eine umfangreiche Ergänzung um weitere Diskussionspapiere und Vorschläge stellen wir bis zur Konferenz noch zusammen.

Herzliche Grüße  
Euer Koordinierungsausschuß

Anzeige

Thomas Leif

**DIE  
PROFESSIONELLE  
BEWEGUNG**

Friedensbewegung von innen

Eine saubere Dokumentation und gesicherte Hintergrundinformationen gewähren einen tiefen Einblick in die "professionelle" Friedensbewegung.

ISBN-3-925656-00-6  
338 Seiten, DM 14,80

FORUM

**FORUM EUROPA**  
VERLAG  
Berliner Platz 1, 5300 Bonn 1

**Stimmen zum Buch:**

*"Trotz seines wissenschaftlichen Anspruchs ist das Buch schon durch Sprache, Aufbau und Kapitelzusammenfassungen leicht zugänglich. (...) Die Auseinandersetzung damit lohnt sich."*  
Kai Ganzert, Andere Zeitung (Frankfurt), 3/1986

*"Thomas Leif hat mit seiner Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Erklärung des Phänomens "Friedensbewegung" geleistet. Seine Analyse dieser einzigartigen Mischung aus Spontaneität und Organisation-Zentralisierung macht deutlich, daß die Friedensbewegung einerseits Teil des etablierten politischen Systems ist, andererseits auch deutlich darüber hinausweist. Für eine sozialwissenschaftliche Untersuchung ist das Buch erstaunlich lesbar geschrieben."*  
Guido Grünewald, die tageszeitung 17.7.1986

*"Der Wert von Leifs Buch liegt vor allem in der Zusammenfassung von bislang teils unveröffentlichtem, teils nur schwierig zu beschaffendem Material. (...)  
Dies mindert jedoch nicht den Wert des Buches für denjenigen Leser, der gewillt ist, sich über die politischen Entwicklungen in einer gewichtigen außerparlamentarischen Massenorganisation detaillierte Informationen zu verschaffen."*  
Ernst Christian Schütt, Annotierte Bibliographie f. d. pol. Bildung 1/87-33 (Hrsg. Bundeszentrale für pol. Bildung)

**Ladung wg. Blockade-Vorbereitung**

Seit Monaten schon läuft neben den Prozessen gegen die TeilnehmerInnen an der ersten Hunsrück-Blockade auch ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren gegen über 100 Personen, die zur Blockade im Mai '86 lediglich aufgerufen hatten. Zweck: Die Einschüchterung der z.T. prominenten Persönlichkeiten, durch ihr Bekenntnis zu gewaltfreien Aktionen den Widerstand an den Stationierungsorten zu ermutigen.

Jetzt setzt die Justiz noch einen drauf: Parallel zu den 100 Ermittlungsverfahren sollen offenbar diejenigen rausgefischt und separat angeklagt werden, die solche Aktionen organisatorisch vorbereiten helfen. Im Ermittlungsverfahren gegen die "Verantwortlichen der Hunsrück-Koordinierung" haben die Hunsrücker und Bonner Ermittlungsbehörden offenbar wenig Fortschritte erzielt. Deshalb wird jetzt Mani Stenner, tätig im Büro des KA, - vor dem Mai '86 war die Bornheimer Str. Kontaktadresse - zur nunmehr richterlichen Vernehmung ins Bonner Amtsgericht zitiert. Offenbar will man aus der Vorbereitung einer gewaltfreien Aktion eine kriminelle Vereinigung konstruieren. Die Herren werden nicht begreifen wollen, daß es bei den basisdemokratisch organisierten Blockaden keine "Rädelsführer" gibt und daß sich die Menschen nicht durch solch durchsichtige Abschreckungsmaßnahmen sondern nur durch eine neue Politik von Aktionen abbringen lassen werden.

**Cruise-Missiles-Blockade vor dem  
OLG Koblenz**

Mit Spannung wurde der erste Prozeß in letzter Instanz zur Cruise-Missiles-Blockade vor dem Oberlandesgericht Koblenz am 29.10. erwartet. Die CM-Basis in Hasselbach war nach der Großdemo am 10.10.86 erstmals am 20./21. November 86, dann am 28./29. Mai 87 und zuletzt am 10.10.87 jeweils ganztägig an allen vier Toren blockiert worden. Nachdem das Amtsgericht Simmern generell wegen Nötigung nach 240 StGB verurteilte, das Landgericht Kreuznach freisprach, hat jetzt die Revision der Staatsanwaltschaft in vollem Umfang Erfolg gehabt: die Angeklagten wurden der gemeinschaftlichen Nötigung für schuldig befunden, das freisprechende Urteil von Bad Kreuznach aufgehoben.

Es wurde kurzer Prozeß gemacht. Nach 1 1/2 Stunden war "die Sache erledigt" (so der Schlußsatz des vorsitzenden Richters): Berichterstattung, Plädoyers der Oberstaatsanwaltschaft, der Verteidigerin, der Angeklagten, Beratung des Gerichts, Urteilsverkündung.

Hauptbegründung: Der Richter des freisprechenden Landgerichts sei von einem falschen Verwerflichkeitsbegriff ausgegangen, er habe die Kriterien der Verwerflichkeitsprüfung verkannt, insbesondere die Fernziele ungebührlich berücksichtigt. Die Blockade sei für zwei Tage an allen Toren geplant gewesen; die Behinderung "unbeteiligter Dritter" sei zur Erregung besonderer Aufmerksamkeit eingesetzt worden. Das aber ist verwerflich. Eine Vorlagepflicht beim Bundesgerichtshof bestehe nicht, da andere OLG-Fälle wesentlich anders gelagert seien (was überhaupt nicht stimmt, zumindest das OLG Köln hat in einem völlig parallel gelagerten Fall freigesprochen!). Auf die Plädoyers der Angeklagten wird mit keiner Silbe eingegangen; kein Wort fällt über die Massenmordwaffen in der Basis, an der lauter "unbeteiligte Dritte" beschäftigt sind.

Das Urteil stand natürlich vorher fest. Inzwischen halte ich diese Verhandlungen für eine Farce. Es handelt sich um platteste politische Justiz. Das freisprechende Urteil des Landgerichts ist inhaltlich voll vom Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 11.11.86 gedeckt, das ja dem Trichter einen erheblichen Beurteilungsspielraum zugestand. Offensichtlich kann der Staat jedoch eine freisprechende Urteilspraxis an einem Stationierungsort nicht dulden, zumal das neue Blockadegesetz in den Schubladen der Aufrüstungsjuristen noch nicht weit genug gediehen ist.

Ist es Zufall, daß die OLGe Köln und Zweibrücken in gleichgelagerten Fällen freisprechen, während das OLG Stuttgart (Pershing II-Standort) und Koblenz (Cruise-Basis) verurteilen? Plumper kann politische Justiz kaum gestaltet und geographisch veranschaulicht werden. Weiter so, Deutschland!

Martin Singe, Initiative Kirche von unten

P.S.: Nähere Informationen zu den Aktionen in Hasselbach und den Prozessen: Friedensbüro Hunsrück, Bopparder Str. 25, 5448 Kastellaun (06762-6075)

## NULL-LÖSUNG - ANFANG EINER NEUEN POLITIK?

von Gregor Witt (DFG-VK)


USA und UdSSR haben sich offenkundig grundsätzlich auf ein Abkommen zum Abbau der landgestützten Atomraketen einigen können. Wenn auch die letzten Hindernisse beseitigt werden und es tatsächlich zur Verschrottung aller Mittelstreckenraketen mit 500 bis 5000 km Reichweite kommt, ist das die erste Abrüstung moderner Massenvernichtungswaffen und der Beweis: Abrüstung ist möglich!

Für uns in Europa ist daran besonders wichtig, daß dann die Erstschlagsysteme Pershing II und Cruise Missile als Waffen für Militärstrategien eines "begrenzten Atomkrieges" nicht mehr zur Verfügung stehen. Für dieses Ziel hat die Friedensbewegung über acht Jahre gerungen, während die Regierungen die atomare Vernichtungsfähigkeit durch Stationierung der jetzt abzuziehenden Systeme zu perfektionieren suchten.

### Stehen wir vor einem abrüstungspolitischen Durchbruch?


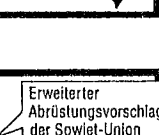
Die Großmächte sind sich grundsätzlich einig, die landgestützten Mittelstreckenraketen weltweit zu beseitigen. Zum ersten Mal im Atomzeitalter sollen nicht Obergrenzen für Rüstung vereinbart, sondern wirklich abgerüstet werden. Das zeigt, daß unser Ziel kein utopischer Wunschtraum, sondern Abrüstungspolitik real machbar ist.

Sicher ist die Abrüstung von drei Prozent der weltweit aufgestellten Atomwaffen noch nicht viel. Dies gilt erst recht, wenn die verbleibende atomare Vernichtungsfähigkeit aufrechterhalten oder gar ausgebaut wird. Deshalb kann von einem abrüstungspolitischen Durchbruch erst dann gesprochen werden, wenn das Abkommen zur Initialzündung für weitere Abrüstungsschritte wird.

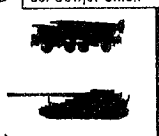




### ENDE DER RAKETEN?

Gorbatschows erweiterte Null-Lösung für Mittelstrecken-Waffen längerer und kürzerer Reichweite in Europa

sollen beseitigt werden:					
WEST			OST		
Reichweite	Waffen	Anzahl	Waffen	Anzahl*	
1000 bis 5000 Kilometer	Pershing 2	108	SS-20	270	
	Cruise Missiles	208	SS-4	112	
500 bis 1000 Kilometer	Pershing-1A	72	SS-12/22	80	
			SS-23	50	

bleiben stationiert:					
Waffensysteme	Land	Anzahl	Land	Anzahl*	
Kurzstreckenraketen bis 500 Kilometer	USA Nato-Verbündete	163	Sowjet-Union Verbündete	1100	
	Frankreich	44			
Artillerie	USA	1000	Sowjet-Union	3720	
	Nato-Verbündete	2032	Verbündete	164	
Flugzeuge	USA	390	Sowjet-Union	1765	
	Nato-Verbündete	1039			
	Frankreich	105	Verbündete	239	

Dazu kommen 178 land- und seegestützte Atomraketen mittlerer Reichweite Frankreichs und Großbritanniens

\*nach westlichen Angaben

Erweiterter Abrüstungsvorschlag der Sowjet-Union

Politischen Sinn macht die Raketenverschrottung vor allem dann, wenn sie ein Anfang ist - Anfang zu einer Politik, die auf die vollständige Abrüstung aller Atomwaffen zielt. Eine Politik, die

- auf militärisch-technische Mittel vermeintlicher Sicherheit zugunsten politischer Friedenssicherung verzichtet
- weltweite, gleichberechtigte Zusammenarbeit der Völker bei der Bewältigung der weltumspannenden Aufgaben ermöglicht
- Gelder und Kräfte aus der Rüstung zur Lösung ziviler, sozial und ökologisch drängender Probleme freisetzt.

Ob es dazu kommt, darüber ist die innenpolitische und internationale Auseinandersetzung noch zu führen! So hilfreich und notwendig dabei weitreichende politische Initiativen der Sowjetunion sind, die die Abschreckungs"logik" zu durchbrechen suchen, so unverzichtbar ist das weitere Wirken der Friedensbewegung, die den Streit über mögliche Alternativen zur militärischen Unsicherheit und über Schritte und Möglichkeiten für einen "Frieden durch Abrüstung" vorantreibt. Denn in der Bundesregierung und in der NATO hat noch kein grundsätzliches Umdenken angefangen.

**Die Hindernisse sind groß!**

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Monaten ein Problem nach dem anderen aufgeworfen, um eine amerikanisch-sowjetische Abrüstungsvereinbarung zu verhindern. An ihr drohte der Vertrag zu scheitern, weil sie die für die Pershing IA der Bundeswehr bestimmten amerikanischen Atomsprengköpfe nicht in die Verhandlungen der Großmächte einbeziehen lassen wollte.

Auch jetzt noch besteht die Bundesregierung darauf, die

Atomwaffenträger der Bundeswehr nicht in Abrüstungsverhandlungen einzubringen. Stattdessen sollen ihre Atomsysteme noch modernisiert werden.

Ebenso arbeiten auch Frankreich und Großbritannien an weitreichenden atomaren Waffenprogrammen, die die atomare Vernichtungsdrohung aufrechterhalten und perfektionieren sollen. Und die USA haben bislang weder an der Aufrüstung ihrer interkontinentalen Streitmacht noch an den SDI-Projekten zur Weltraummilitarisierung irgendwelche bemerkenswerten Abstriche gemacht.

**Tabelle 2.1.** Britische und französische U-Boot-gestützte ballistische Raketen

Land	Bezeichnung	Erstes Stationierungsjahr	Reichweite (km)	Gefechtsköpfe	Bestand	Stand des Programms
Großbritannien	Polaris A-3	1967	4 600	3 x 200 kt MRV	64	Auf vier SSBN, werden durch das Chevaline-System ersetzt*
	Trident II (D-5) <sup>b</sup>	(90er Jahre)	10 000	10 x 335 kt MRV	0	Löst das Polaris/Chevaline-System in den 90er Jahren ab. 64 Startvorrichtungen auf 4 U-Booten.
Frankreich	SSBS S-3	1980	3 000	1 x 1 Mt	18	Auf 5 SSBN. Auf dem sechsten SSBN; Gesamtprogramm, einschließlich Unrüstungen: 96 (bis 1992).
	MSBS M-20	1977	3 000	1 x 1 MT	80	
	MSBS M-4	(1985)	4 000	6 x 150 kt MRV	0	

a Wahrscheinlich mit drei Gefechtsköpfen. Sechs MRV-Gefechtsköpfe mit je 50 kt wurden ebenfalls als Möglichkeit genannt.

b Reichweite und Sprengkraft basieren auf den wahrscheinlichen Merkmalen des von den USA gewählten Gefechtskopfes. Da Großbritannien seine Gefechtsköpfe mit einer eigenen Sprengladung ausstatten wird, könnten die Merkmale der Waffe von denen des US-Typs abweichen.

**Tabelle 2.3.** Atomar bestückte Flugzeuge Großbritanniens und Frankreichs

Land	Bezeichnung	Erstes Stationierungsjahr <sup>a</sup>	Einsatzradius (km) <sup>b</sup>	IFR <sup>c</sup>	Bestand UE <sup>d</sup>	Gesamt <sup>e</sup>	Stand des Programms
Großbritannien	Tornado GR. 1 (IDS) <sup>f</sup>	1982	1400	ja	24	100 <sup>g</sup>	220 geplant (einschließlich 68 Schulflugzeugen)
	Buccaneer S.2 <sup>h</sup>	1962	1400	ja	36	80 <sup>h</sup>	Wird durch Tornado ersetzt; einschl. 20 Maschinen für Seekriegführung
	Jaguar S GR.1	1973	1200	ja	48	100 <sup>i</sup>	Ohne Jaguar BT.2-Schulflugzeuge (30 geliefert)
	Harrier GR.5 (AV-8B)	(1986)	900	ja	0	0	Gesamtprogramm: 60
	Sea Harrier FRS.1	1979	600	ja	15 <sup>j</sup>	26	14 bestellt
Frankreich	Mirage IVA	1964	1600	ja	24	33	Plus 14 für Ausbildung, Aufklärung und Reserve
	Mirage 2000N	(1988)	1400	ja	0	0	Die ersten 15 bis 1988 einsatzbereit; Gesamtprogramm möglicherweise bis zu 200
	Jaguar A	1973	1200	ja	45	118	Ohne 22 Jaguar E-Schulflugzeuge
	Mirage IIIE	1961	1000	nein	30	105	Ohne 14 Mirage IIIE-Schulflugzeuge; werden durch Mirage 2000N ersetzt.
	Super Etendard	1979	700	ja	36 <sup>l</sup>	64	Gesamtprogramm: 80

Gleichzeitig arbeiten Paris und Bonn und auch andere westeuropäische Regierungen an einer verstärkten Rüstungskoooperation. Sie soll nicht auf Konventionelles beschränkt bleiben, sondern auch atomare und Weltraumzusammenarbeit umfassen.

Bei allen wohlklingenden offiziellen Erklärungen zur Nutzung der mit der "Null-Lösung" eröffneten Abrüstungschancen ist nicht zu übersehen: Die Regierungen halten an der Abschreckungspolitik fest und betreiben die Aufrüstung für die neuen Kriegsführungsstrategien weiter. Allem Anschein nach wollen sie den atomaren Wahnsinn auf ewig fortsetzen und verhindern, daß ihr Streben nach Überlegenheit beeinträchtigt wird.

Dementsprechend häufen sich Versuche, neue Rüstungsschübe zu rechtfertigen. Die Bundesregierung behauptet, es drohe eine "Entnuklearisierung Europas", wodurch sich die Sowjetunion aufgrund ihrer "konventionellen Überlegenheit" eine "Invasionsfähigkeit" verschaffe. Da-

mit versucht sie, das Raketenabkommen für ihre Aufrüstungspolitik zu nutzen. Eine solche Politik treibt Mißbrauch mit den Abrüstungshoffnungen der Menschen.

**Europäische Abrüstungs- und Friedenspolitik**

Ein Abrüstungsschritt in einem Bereich und gleichzeitige Aufrüstung in anderen sind unvereinbar! Eine Politik, die nur von Abrüstung spricht, aber Aufrüstung praktiziert, ist unglaublich und gefährdet unsere Sicherheit. Was Not tut, ist ein bundesdeutsches, gesamteuropäisches Abrüstungskonzept! Nur mit einer eigenständigen, aktiven Politik für ein atomwaffenfreies, entmilitarisiertes Europa wird die Raketenverschrottung ein Schritt zum gesicherten Frieden.

Notwendig ist eine europäische Friedens- und Abrüstungspolitik, die an die Stelle gegenseitiger Abschreckungs-, Vernichtungs- und Gewaltdrohung die Zusammenarbeit für eine gemeinsame Zukunft setzt. Dazu kann



der Abbau der Mittelstreckenwaffen ein Anfang sein, wenn jetzt

- die Modernisierung der Raketen, Flugzeuge und weitreichenden Artillerie gestoppt wird
- die Mittel für neue Waffen in allen europäischen Militärhaushalten gestrichen und für friedliche Zwecke umgewidmet werden
- die an den Grenzen zwischen Ost und West angehäuften Bedrohungsmittel abgebaut und Zonen des Vertrauens geschaffen werden
- die Anzahl der Soldaten, der Panzertruppen und Flugzeugstaffeln mitsamt der Waffen verringert werden
- gemeinsame europäische Initiativen für eine Energieversorgung ergriffen werden, die uns nicht wie die atomare existenziell gefährden.

### Auf uns kommt es an

Ist die Friedensbewegung überflüssig geworden? Alle Politiker, Parteien und Regierungen reden doch von Abrüstung, sogar die NATO stellt ihre Aufrüstung als Mittel dar, um besser abrüsten zu können.

Die Weiterarbeit der Friedensbewegung ist nicht überflüssig. Denn es klafft eine tiefe Lücke zwischen Abrüstungsreden und Aufrüstungstaten. Auch nach der Raketenverschrottung bleibt die Welt von Vernichtung bedroht, werden Kriege geführt, wird das Wettrüsten fortgesetzt. Und die Verantwortlichen suchen nach Rechtfertigungen, verleugnen ihre Handlungsmöglichkeiten und blockieren den so dringend erforderlichen raschen Abrüstungsprozeß.

Im November wird die Friedensbewegung überall in der Bundesrepublik über die Rüstungspolitik informieren sowie über Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten der Friedensarbeit beraten. Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger ein, sich an diesen Veranstaltungen zu beteiligen.

### Anzeige

### Anzeige

F O R S C H U N G S J O U R N A L

## *Neue Soziale Bewegungen*

Ab Januar 1988 erscheint eine neue Zeitschrift, für alle, die sich gründlich mit *Neuen Sozialen Bewegungen* beschäftigen.  
Folgende Themenschwerpunkte sind geplant:

- 1/88 Symbolik und Habitus in neuen sozialen Bewegungen
- 2/88 Zukunft der Frauenbewegung
- 3/88 Neue soziale Bewegungen und Parteien  
Zwischen Anpassung und Abgrenzung
- 4/88 Neue soziale Bewegungen und soziale Kontrolle  
(Wackersdorf, Deeskalation, Polizeistrategien, ...)

Die Zeitschrift wird vierteljährig zu einem Preis von DM 6,- pro Ausgabe und einem Umfang von 60 Seiten erscheinen. Das Jahres-Abo ist zum Vorzugspreis von DM 20,- zu haben. Eine Ausgabe als Leseprobe für 6,- (in Briefmarken) gibt es bei der:

F O R S C H U N G S G R U P P E  
*Neue Soziale Bewegungen* (Hrsg.)  
Thomas Leif  
Tanusstr. 66  
6200 Wiesbaden  
Tel. 06121/525556

## **DIE EXPERTENKARTEI**

### **Beiträge der Wissenschaft zu Frieden und Abrüstung**

**Namen und Sachgebiete  
von 700 Expert/inn/en**

zu Themen wie:

Friedensforschung \* Verantwortung der Wissenschaft \* Militärische Rolle der Wissenschaft \* Ursachen für Rüstung und Krieg \* Militärstrategien Militärtechnologien \* Militarisierung der Gesellschaft \* Rüstungs- und Kriegsfolgen \* Abrüstung: Konzeptionen und Friedensbewegung Friedenserziehung  
geordnet nach Sachgebiet, Region, Alphabet

dazu eine Übersicht über Friedensforschungsinstitutionen, Friedensinitiativen im Wissenschaftsbereich  
Kontaktadressen an Hochschulen

## **DIE EXPERTENKARTEI**

Zur Verbreitung der Kenntnisse über Rüstung und Krieg

Zur Qualifizierung der Friedensarbeit  
Zur Vernetzung der Friedenswissenschaft

Die **EXPERTENKARTEI** kann zum Preis von 18,- DM bestellt werden bei  
Informationsstelle  
Wissenschaft & Frieden  
Reuterstr. 44, 5300 Bonn  
Tel. 02 28 /21 07 44

## Für einen westeuropäischen Abrüstungsgipfel - Westeuropa braucht endlich eigene Abrüstungsschritte !

von Thomas Schmidt (Initiative Kirche von unten)

Die FB hat in den vergangenen Jahren ihren Protest und Widerstand gegen die immer weiter eskalierende Rüstungsspirale zum Ausdruck gebracht. Mit ihr haben viele Menschen ihre Loyalität zu einem Abschreckungssystem aufgekündigt, das uns alltäglich mit der globalen Vernichtung bedroht.

Ganz besonders hat sich die FB gegen die Mittelstreckenraketen P II und CM gewandt und ist mit ihren Aktionen dem Mythos von der eigenen Ohnmacht und der Unerschaffbarkeit der Waffen entgegengetreten.

Jetzt sieht alles so aus, als würden die Staatschefs von UdSSR und USA am 7. Dezember ein Abkommen über den Abzug dieser Mittelstreckenwaffen unterschreiben - weiter scheint es im nächsten Jahr zu einer Vereinbarung über eine Reduzierung der strategischen Waffen auf 50 % kommen zu können.

D. h. auf der bilateralen Ebene zwischen der UdSSR und den USA scheint es erste, wenn auch zaghafte, Schritte in die richtige Richtung zu geben. Das ist auch ein Erfolg der FB, über den sie sich freuen kann und der sie ermutigen sollte, weiterzumachen.

Die Westeuropäer allerdings sind an dieser Entwicklung nicht beteiligt, ja viele Anzeichen sprechen hier sogar für eine Verschärfung der Lage.

Zum Auftakt der 42. Sitzung der nuk. Planungsgruppe der Nato stellte der gerade noch im Amt befindliche US-Verteidigungsminister C. Weinberger bereits die Frage: "Was bleibt übrig?" nach dem INF-Abkommen, was muß die Nato tun, um die Strategie der "flexible response" aufrecht zu erhalten - oder mit anderen Worten: Was kann man unternehmen, damit trotz der Abkommen für die Nato alles beim alten bleibt?

Das neue Aufrüstungsabkommen ist bereits vorgezeichnet! Seegestützte Marschflugkörper und sogenannte "Abstandswaffen", die von Flugzeugen abgeworfen eine Reichweite von bis zu 500 km erreichen, sollen eingeführt werden. Außerdem soll die "Lance" weiterentwickelt und ihre Reichweite bis an die 500 km-Grenze erweitert werden.

Anstatt über eigene Abrüstungsinitiativen nachzudenken, wollen Briten und Franzosen ihre atomaren Militärpotentiale umfassend modernisieren. Bonn und Paris basteln eifrig an einer verbesserten eigenen militärischen Achse, die dann der Bundesrepublik de facto endlich auch die eigene Verfügungsgewalt über Atomwaffen bringen soll - der Anspruch wurde ja in dem Gerangel um die Pershing Ia deutlich artikuliert.

Schließlich wird der Ruf nach einer dringend notwendigen konventionellen "Nachrüstung" immer penetranter.

Für die westeuropäischen FBen bedeutet das, daß sie dringend initiativ werden müssen, wenn sie verhindern wollen, daß die berechnete Freude über die sowjetisch-amerikanischen Abkommen dazu benutzt werden, die Aufrüstung fortan noch stärker auf Westeuropa - insbesondere die Bundesrepublik - zu konzentrieren.

Die FBen sollten die in und mit der Nato arbeitenden Westeuropäer zu einem Abrüstungsgipfel fordern, auf dem eigenständige Schritte zur Abrüstung vereinbart werden:

1. Jegliche Beteiligung an einer militärischen Aufrüstung im Weltraum wird eine eindeutige Absage erteilt.
2. Die Stationierung der Mittelstreckenraketen und sämtliche Bauarbeiten an den zuständigen Basen werden sofort eingestellt.
3. Ausgaben für die Modernisierung von Waffen, das betrifft besonders die Atomwaffenarsenale der Briten und Franzosen wie auch den konventionellen Bereich, werden aus den Rüstungshaushalten gestrichen. Stattdessen werden hier konkrete Abrüstungsschritte begonnen. Freiwerdende Gelder werden einem Fond zugeführt, der die Arbeit an einer Veränderung der ungerechten Weltwirtschaftsordnung unterstützt.
4. Sämtliche Rüstungsexporte Westeuropas werden eingestellt.
5. Anstelle einer zunehmenden Militarisation der BRD wird für das uneingeschränkte Recht auf Kriegsdienstverweigerung gesorgt und Maßnahmen zur Versöhnung insbesondere mit den Völkern der Sowjetunion eingeleitet.

Allen Atomtests sowie der Lagerung und Produktion von Chemiewaffen wird eine eindeutige Absage erteilt.

Nur die Friedensbewegungen können dafür sorgen, daß die westeuropäischen Regierungen ihren Aufrüstungskurs nicht ungehemmt fortsetzen. Wir müssen in den kommenden Wochen und Monaten dafür sorgen, daß die Verschrottung der Mittelstreckenraketen eine Initialzündung für umfassende Abrüstung wird.

Anzeige

**Wieder erhältlich !**

**Dokumentationsstelle Friedens- und Sicherheitspolitik e.V.**

Nach Reykjavik - Aufrüstung oder Abrüstung ?

30 Jahre Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen 1957 - 1987  
2., erweiterte Auflage

Gorbatschows Abrüstungsangebote bringen die NATO zunehmend in Verlegenheit. Auch nach dem Koalitionskompromiß der Zustimmung zu einer »doppelten Null-Lösung« mit dem Pferdefuß »Pershing I-A« reißen die Kontroversen innerhalb der NATO und der Bundesregierung nicht ab.

Mit der erweiterten Auflage der DFSP-Broschüre wird unter verschiedenen Aspekten die Substanz der Verhandlungsdiplomatie durchleuchtet. Aus dem Inhalt:

- Aufrüstung und Militärtechnologie vom II. Weltkrieg bis in die Gegenwart
- Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle seit dem II. Weltkrieg
- Nach Reykjavik: Abrüstungsvorschläge und forcierte Aufrüstung
- Same procedure as usual ? - Gorbatschows neueste Abrüstungsinitiative
- Westeuropa - unfähig zur Abrüstung
- Die Sache mit den Kurzstreckenraketen
- »Lügen haben kurze Beine ...« - westliche Verhandlungsdiplomatie seit Beginn der Gorbatschow'schen Abrüstungsinitiativen
- Tabellen zu den nuklearen Kräfteverhältnissen

Broschüre, 64 S. A-4 - Format, Preis: DM 5,- (ab 10 Ex. je DM 3,50)  
Bestelladresse: DFSP, Postfach 2304, 4400 Münster

## Vom Einstieg zum Ausstieg

von Achim Maske (Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit)

Das Abkommen zur Beseitigung der atomaren Mittelstreckenraketen der USA und UdSSR mit mehr als 500 km Reichweite ist in greifbare Nähe gerückt. Mit der grundsätzlichen Einigung haben die Außenminister beider Staaten die Weichen in eine Richtung gestellt, die zur Unterzeichnung des Vertrages bei einem dritten Gipfeltreffen zwischen Gorbatschow und Reagan noch in diesem Jahr führen kann. In letzter Minute hat die Bundesregierung ihren Versuch aufgeben müssen, den Vertragsabschluß durch das Festhalten an den Pershing I A-Raketen (inclusive ihrer Ersetzung durch Pershing I B) auszuhebeln. Die Begleitumstände dieses Verzichts machen deutlich: Diese Regierung handelt nicht aus eigenem Abrüstungswillen, sondern nur unter übermächtigen Druck. Zu diesem politischen Druck hat der jahrelange Kampf der Friedensbewegung erheblich beigetragen. Die Friedensbewegung steht vor einer neuen Etappe. Eine neue Strategie muß erarbeitet werden.

### Ist das Abkommen ein Erfolg?

Wenn das Abkommen unterzeichnet und seine Ratifizierung im US-Kongreß durchgesetzt wird, dann können weltweit erstmals seit Hiroshima und Nagasaki moderne landgestützte atomare Mittelstreckenraketen der USA und UdSSR verschrottet werden. Eine besonders destabilisierende Kategorie von Atomwaffen mit großer Zielgenauigkeit und geringer Vorwarnmöglichkeit würde verschwinden. Mit ihnen verbundene strategische Optionen, wie die Drohung mit atomarer "Enthauptung" oder mit einem auf Europa "begrenzten" Atomkrieg, würden relativiert. Erstmals wäre der Beweis erbracht: atomare Abrüstung ist möglich. Die Behauptungen aller Lükenerfinder und Grauzonenentdecker wären widerlegt. Also ein historischer Durchbruch? Ja! Aber *eine* Schwalbe macht noch keinen Sommer. Es wird darauf ankommen, was auf das Abkommen folgt. Wird es zum Wendepunkt, mit dem der Prozeß der Abrüstung der atomaren andere Massenvernichtungswaffen und der Neugestaltung der Beziehung zwischen Staaten und Völker beginnt, oder setzen sich diejenigen wieder durch, die eine ins Wanken geratene Front zurücknehmen, um auf anderen Gebieten ihre Aufrüstungsoffensive fortzusetzen? In diese Auseinandersetzung muß sich die Friedensbewegung einmischen. Es hängt auch von unserem Handeln ab, wie die zukünftige Entwicklung verläuft.

### Wessen Erfolg?

Die "Raketenstationierer" behaupten, es sei die Politik der Stärke gewesen, die die UdSSR zum Nachgeben gezwungen habe. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Es ist das weltweite Anwachsen der Friedensbewegung gewesen, das die Sowjetunion ermutigt hat, neues Denken in der Außen- und Rüstungspolitik zu entwickeln und zu praktizieren. Die Erfinder der Null-Lösungspropaganda haben sich in ihren Propagandaformeln verfangen. Sie haben zwar Raketen stationieren, aber nicht die Bevölkerung dafür gewinnen können. Sie sind dabei gescheitert,

Zustimmung zu ihrer Politik und Legitimität ihrer Herrschaft herzustellen. Auch wenn manchen die Vorstellung schwerfällt, daß nun NATO-Regierungen Mittelstreckenraketen beseitigen - also Regierungen, deren Abrüstungswillen wir zu Recht bezweifeln - es ist auch der von den Friedensbewegungen über die Jahre entwickelte Druck, der zu dieser Lage geführt hat.

### Wie weiter? (I)

Natürlich wird die Friedensbewegung über die Verwirklichung der Verschrottung der Mittelstreckenraketen wachen müssen. Nach wie vor verfügen die Befürworter der Aufrüstung über großen Einfluß. Aber die Friedensbewegung muß sich auf eine neue Phase der Auseinandersetzung einstellen. In der Friedensarbeit der letzten Jahre haben sich Elemente einer gemeinsamen grundsätzlichen Ablehnung jener "Abschreckung" genannten Politik, der Drohung mit überlegenen atomaren und sonstigen Massenvernichtungswaffen, herausgebildet und auch eine Ahnung davon, daß das Leben der Menschheit auf der klein gewordenen Erde nach neuen politischen Grundsätzen geregelt werden muß. Die Defizite der alten Politik des Gegeneinanders und der gegenseitigen Bedrohung sind unübersehbar. Das Festhalten an "Abschreckung", das Streben nach militärischer Überlegenheit, tendiert zu immer neuen Rüstungsschüben. Die gefährlichen und destabilisierenden wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen Krisenprozesse in vielen Teilen der Welt, verlangen nach gleichberechtigter Zusammenarbeit aller Staaten und Völker in eigenem wie gemeinsamen Interesse. Die anstehenden Probleme sind nicht mehr mit der seit Jahrtausenden praktizierten Politik des Faustrechts des Stärkeren gegenüber dem Schwächeren lösbar. Die Menschheit kann sich nur noch gemeinsam entwickeln oder in einer Abfolge von Katastrophen untergehen.

### Wie weiter? (II)

Die UdSSR hat am 15. Januar 1986 einen konkreten Stufenplan zur vollständigen atomaren Abrüstung und zur drastischen Reduzierung der sonstigen Rüstungen vorgelegt. Ihre praktizierte Bereitschaft zu einseitigen Vorleistungen (Atomtestmoratorium, Ausklammerung britischer und französischer Atomwaffen in Europa, Ausklammerung der unterschiedlichen Struktur der atomaren Rüstung wie die Überlegenheit der NATO bei luft- und seegestützten Atomwaffen) belegt die Ernsthaftigkeit ihrer Abrüstungsbereitschaft. Die inneren Veränderungen in den UdSSR - Umgestaltung, Offenheit, Entwicklung der Demokratie - erhöhen die Glaubwürdigkeit dieser Politik. Die Regierungen der NATO und gerade auch die US- und die Bundesregierung haben ihre Zustimmung zur "doppelten Null-Lösung" nicht mit der Entwicklung eines Abrüstungskonzeptes verbunden. Sie beugen sich aktuellem Druck, ohne von "Abschreckung" Abstand zu nehmen. Es wäre aber falsch, anzunehmen, ein Abkommen könne nur zustande kommen, weil die Mittelstreckenraketen den NATO-Regierungen mit einmal

gleichgültig wäre, aufgrund neuer aufrüstungsstrategische Überlegungen. Es ist daher realistisch, anzunehmen, daß sie versuchen werden, den erreichten Erfolg durch neue Auf- und Umrüstungsmaßnahmen wieder zunichte zu machen. Die Pläne dafür sind vorhanden. Die Waffenentwicklungen sind im Gange. Ob sie aber dieses Vorhaben verwirklichen können, ob sie es schaffen, der Öffentlichkeit Aufrüstung als Abrüstung darzustellen, hängt davon ab, ob wir die hergestellte öffentliche Diskussion über Frieden und Abrüstung weiterführen können. Voraussetzung dafür ist, daß wir den erreichten Erfolg nicht zerreden oder herunterspielen. Um unseren Anteil an der Verschrottung der atomaren Mittelstreckenraketen zu verdeutlichen, müssen wir unseren Erfolg auch feiern, gemeinsam mit den vielen, die sich in den vergangenen Jahren in die Friedensbewegung eingebracht haben. Wenn die Raketen verschrottet werden, ist das unser Erfolg, zu dem Millionen durch eigenes politisches Handeln beigetragen haben. Handeln, das sich gelohnt hat und in der Zukunft wieder lohnen wird. Wir müssen auch verdeutlichen, daß die Verschrottung von atomaren Mittelstreckenraketen nur ein erster Schritt ist. Weitere müssen durchgesetzt werden, um die der "Abschreckung" entsprechende Aufrüstungstendenz unumkehrbar zu beenden. Das wird nicht durch die Kritik einzelner Waffensysteme oder Aufrüstungsvorhaben allein zu erreichen zu sein.

Wir haben die Blockade des Denkens durch irrationale Feindbilder dadurch durchbrechen können, daß wir militärtechnisch nachgewiesen haben, daß - unabhängig von östlichen Absichten - die Aufrüstungsmaßnahmen der NATO die Kriegsgefahr erhöhen. In der Zukunft kommt es darauf an, unsere Vorstellungen einer friedlichen Welt als Ziel zu formulieren, das wir erreichen wollen. Vor dem Hintergrund unserer Vorstellungen einer abgerüsteten Welt, in der gleichberechtigte Zusammenarbeit das Gegeneinander der Staaten und Völker ablöst, werden wir mit unseren Forderungen nach "Entmilitarisierung" der internationalen wie nationalen Politik in der konkreten Auseinandersetzung mit der Politik der Regierung weiterhin Öffentlichkeit für die sicherheitspolitischen Entscheidungen herstellen können. Und wir können dem Versuch der Regierung entgegenwirken, Aufrüstung als Abrüstung darzustellen. Die Überwindung der "Abschreckung" und der Aufrüstungstendenz wird nur gelingen, wenn unsere Friedensbewegung "internationaler" wird. Wir brauchen mehr Austausch über die Grenzen hinweg - nach Ost wie nach West. Neue Varianten der Aufrüstung in Westeuropa werden wir nur gemeinsam mit der Friedensbewegung unserer Nachbarländer verhindern können. Die Entmilitarisierung der Ost-West-Beziehung ist nur durchsetzbar durch eine gründliche Demontage der Feindbilder und Bedrohungslegende. Das beste Mittel zum Abbau der Feindbilder sind gemeinsame Gespräche mit Freundinnen und Freunden aus den Friedensbewegungen aus den Ländern des Warschauer Vertrages - bei uns und bei ihnen.

### Wie weiter? (III)

Die Wirkung der Friedensbewegung als soziale Bewegung ist nicht direkter, sondern indirekter Natur. Wir

können Militärbükratien und Führungen keine Anweisungen geben. Wir können nur den Handlungsspielraum von Parteien und Regierungen für Aufrüstung erheblich verengen und für Abrüstung erheblich erweitern. Dies wird auch in Zukunft in harten Auseinandersetzungen mit denen geschehen, die sich von militärischer Machtpolitik Vorteile versprechen oder direkt von Aufrüstung wirtschaftlich profitieren. Daß wir den Handlungsspielraum beeinflusst haben, belegen zahlreiche Entwicklungen der letzten Jahre: mit den Grünen ist eine rüstungskritische Partei ins Parlament gelangt; die SPD mußte ihre Programmatik ändern; die Wenderegierung mußte bei den meisten Wahlen seit 1983 Stimmenverluste hinnehmen. Der politische Druck auf die Regierungskoalition wäre größer und frühzeitiger aufgetreten, wenn unser außerparlamentarisches Handeln die Oppositionsparteien zur Entwicklung von abrüstungspolitischen Regierungsalternativen bewegt hätte. So konnte die FDP Stimmenverluste der Koalition dadurch abmildern, daß sie sich als friedens- und abrüstungspolitisches Korrektiv der Regierung darstellte. Die Verwirklichung der Raketenverschrottung einschließlich der Pershing I A wird zeigen, ob der erhobene Anspruch auch in der Wirklichkeit eingelöst wird. Der offene Richtungsstreit in den Unionsparteien macht deutlich, daß dort die "Bedrohung" ernst genommen wird, die dadurch entstanden ist, daß die Friedensbewegung eine geistigpolitische Rückwende im Denken unsere Volkes über Frieden und Abrüstung verhindert hat.

### Friedenszonen schaffen

Wenn wir unsere Arbeit mit einem möglichen Abkommen im Rücken fortsetzen, so ist das gleichzeitig auch ein Stück Neubeginn. Es gibt größere Chancen, einen Prozeß einzuleiten, der die Spannung und die militärische Konfrontation in Europa verringert. Europa kann eine Zone des Friedens werden, in der die Atom und Massenvernichtungswaffen beseitigt werden und die Armeen und Rüstungen drastisch verringert werden. Politische Vereinbarungen müssen an die Stelle waffenstarrer Konfrontation treten. Zusammenarbeit in allen Bereichen kann die Fundamente friedlichen Zusammenlebens stärken. Dies kann möglich werden, wenn die drohende Aufrüstung im Weltraum gestoppt wird und der ABM-Vertrag, der die Raketenabwehr im Weltraum verbietet, seine Gültigkeit behält. Ein wichtiger Schritt dazu wäre das Verbot von Atomwaffentests, mit denen u.a. die atomaren Laserwaffen für das "SDI"-Programm getestet werden. Um bei diesem Prozeß Fortschritte zu erzielen, kann die Bundesrepublik eigene Schritte tun. Unser Land kann Teil einer Zone in Mitteleuropa werden, in der weder Atom- noch chemische Waffen stationiert sind, in der aber auch die offensivfähigen schweren Waffensysteme reduziert und beseitigt werden. Die Bereitschaft unserer östlichen Nachbarländer DDR und CSSR zur Beteiligung an einer solchen Rüstungsreduzierung ist vorhanden. Atomwaffen und Atomwaffenträger könnten aus allen Ländern, die selbst keine Atomwaffenmächte sind, verschwinden. Um einen solchen Prozeß zu entwickeln, müssen die Feindbilder und Bedrohungsvorstellungen weiter



abgebaut werden. Hier kann die Friedensbewegung unmittelbar wirksam werden. Friedensinitiativen können das Gespräch mit unseren Nachbarn selbst in die Hand nehmen und auch auf kommunaler Ebene anregen. Auch so entstehen "Zonen des Friedens".

Acht Jahre ist es her, daß die NATO in Brüssel ihren Raketenbeschluß gefaßt hat. Millionen haben gegen die vorgesehene Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles protestiert. Dennoch wurde 1983 mit der Stationierung dieser Waffen begonnen. Nun haben sich die Außenminister der USA und UdSSR grundsätzlich geeinigt, ein Abkommen zu schließen, das die Beseitigung aller Mittelstreckenraketen mit über 500 km Reichweite vorsieht. Wenn es zu diesem Abkommen kommt - wofür vieles spricht -, und wenn es ratifiziert und verwirklicht wird, dann ist dies nicht der Erfolg der Nato-Regierungen und auch nicht der Bundesregierung. Entgegen der propagandistischen Behauptungen, die Aufstellung der Raketen sei eine notwendige Reaktion auf Modernisierung der sowjetischen Mittelstreckenraketen, ging es Bundesregierung und NATO darum, Waffen für die strategische Option der Drohung mit einem überraschenden "Entscheidungsschlag" und einem "begrenzten Atomkrieg" aufzustellen. Wenn diese Waffen nun wieder beseitigt werden, ist dies ein Erfolg der Friedensbewegung.

Unsere gemeinsame Arbeit hat ein neues politisches Klima geschaffen. Über 90% der Bevölkerung wollen die Beseitigung dieser Waffen. Die Politik der Aufrüstung und der atomaren Abschreckung ist ins Gerede gekommen. Die Mehrheit der Bevölkerung will eine andere Politik.

Die Arbeit der Friedensbewegung, das eigene politische Handeln von Millionen, hat tiefe Spuren hinterlassen. In der Bevölkerung und im Parlament ist der sicherheitspolitische Konsens zerbrochen. Mit den Grünen ist eine neue, rüstungskritische Partei ins Parlament eingezogen; die SPD mußte ihre rüstungspolitische Programmatik ändern. Bei fast jeder Wahl seit 1983 mußte die Bonner Koalition feststellen, daß neben anderen Fragen auch die Raketenstationierung sie Stimmen kostete. Die FDP sah sich gezwungen, sich als abrüstungspolitischen Korrektor in der Koalition darzustellen. So konnte sie die Verluste der CDU/CSU zum Teil ausgleichen.

Unsere Arbeit hat dazu beigetragen, daß der politische Druck entstand und wuchs, der dazu führte, daß die Bundesregierung in letzter Minute vorerst ihren Versuch aufgeben mußte, den Abschluß eines Abkommens zu verhindern. Nun versucht sie, den "Schaden" dadurch zu begrenzen, daß sie behauptet, die Raketenstationierung habe die UdSSR zum Nachgeben gezwungen. Sie versucht also, aus ihrer Niederlage das Argument für neue "Nachrüstungen" zu retten. Wenn wir beim Zustandekommen des Abkommens dies als unseren Erfolg feiern, dann ist das eine offensive politische Auseinandersetzung mit dieser Lüge der Regierung. Dies ist um so wichtiger, weil für uns Abrüstung mit einem Abkommen nicht zu Ende sein kann. Für uns kann es nur ein erster Schritt auf

den Weg zur vollständigen Beseitigung aller Atom- und Massenvernichtungswaffen sein.

Das Verhalten der Bundesregierung bis heute hat deutlich gemacht, daß sie Abrüstung nicht will, sondern sich nur mit äußerstem Widerwillen dem politischen Druck beugen mußte. Deshalb wird sie versuchen, neue Auf und Umrüstungen durchzusetzen. Erkennbar wird dies schon jetzt, wenn sie behauptet, es gelte ein angeblich vorhandenes Übergewicht des Warschauer Vertrags bei konventionellen Waffen auszugleichen.

Um diese Absichten zunichte zu machen, wird es nötig sein, den politischen Druck gegen Aufrüstung und für Abrüstung zu erhöhen und zu verstärken. Dies können wir um so leichter erreichen, wenn sich herumspricht, daß wir nicht ohnmächtige Opfer einer mächtigen Regierung sind. Wenn wir einen ersten Erfolg feiern, dann machen wir auch klar: Es ist nicht umsonst, sondern lohnt sich, in der Friedensbewegung mitzumachen. Und diese Erfahrung müssen wir gerade den Freundinnen und Freunden vermitteln, die als Kinder und Jugendliche am Fernseher mitbekommen haben, auch wenn Millionen demonstrieren, hindert das die Regierung nicht am Raketenstationieren. Also, wenn es soweit ist: Feste feiern als Auftakt für die nächste Runde! Abrüstung ist machbar, Herr und Frau Nachbar!

Anzeige

## INFODIENST

### Kommunale Friedensarbeit

... erscheint regelmäßig viermal im Jahr und bringt neben Aktionsbeispielen über kommunale Friedensarbeit jeglicher Art Hintergrundberichte und Materialien zu:

- Zivilmilitärische Zusammenarbeit und Zivilschutz,
- regionale Militarisierung,
- kommunale Kriegsvorbereitung

und was dagegen mit kommunaler Friedenspolitik getan werden kann und muß.

Durch zusammengefaßte Kurzbeiträge aus der kommunalen Friedensarbeit von Initiativen aus dem ganzen Bundesgebiet und dem Hinweis, wo weiteres zu erfahren ist, bietet er nicht nur Anregungen und Service, sondern ist zugleich zu einem Infodienst der Kommunikation und Vernetzung von Initiativen kommunaler Friedensarbeit geworden.

Probeexemplar bei der DFG-VK anfordern oder am besten gleich abonnieren!

- ..... Bitte senden Sie mir ein kostenloses Probeexemplar
- ..... Ich möchte den Infodienst kommunale Friedensarbeit (4 Ausgaben im Jahr/DM 12,-) abonnieren

Datum .....

Unterschrift .....

Name .....

Anschrift .....

.....

DFG-VK, Schwanenstr. 16, 5620 Velbert 1

## Ein Mittelstreckenabkommen - ein Grund zum Feiern für die Friedensbewegung ?

Trägerkreis der Bundeskonferenz Unabhängiger Friedensgruppen (BUF)

Nach dem Treffen der Außenminister Schulz und Schewardnadse scheint festzustehen, daß es im Rahmen der sog. doppelten Null-Lösung ein Abkommen über die Abschaffung der landgestützten Cruise Missiles und Pershing II der NATO in Europa auf der einen und der sowjetischen SS 20 auf der anderen Seite geben wird. Mit dem einen Teil eines solchen Abkommens würde damit die Forderung der Friedensbewegung nach Abschaffung der genannten Mittelstreckenwaffen der NATO, deren Stationierung erst 1979 beschlossen und 1983 gegen den Protest und Widerstand der Friedensbewegung seitens der Bundesregierung durchgesetzt wurde, erfüllt.

Viele Menschen in der BRD und auch viele Aktive in der Friedensbewegung werten die Abrüstung von noch nicht veralteten Atomwaffen als einen wichtigen historischen Schritt. Wir sehen das ebenso. Darüberhinaus jedoch gibt es erhebliche Kontroversen, wie eine sinnvolle Reaktion der Friedensbewegung auf ein solches Abkommen aussehen soll.

In Teilen der Friedensbewegung wird die Meinung vertreten, mit einem solchen Abkommen sei nun eine Abrüstungsdynamik eingeleitet, welche die Friedensbewegung als Erfolg ihrer Politik zu feiern habe. Wir haben zu einer solchen Einstellung unseren Widerspruch, weil aus ihnen gefährliche Konsequenzen folgen. So gibt es Tendenzen, so weiter zu machen wie in der Zeit nach dem Stationierungsbeschluß von 1983, immer mehr Hoffnungen bzgl. einer wirklichen Friedens- und Abrüstungspolitik in die Parteien und Regierungen zu setzen und ihnen die militär- und »sicherheits«politischen Entscheidungen zukünftig zu überlassen. Zu wenig wird gesehen, daß 1983 die Friedensbewegung auf ihrem Höhepunkt (!) die Nichtstationierung der Mittelstreckenwaffen nicht durchsetzen konnte; daß es heute weniger die Friedensbewegung als vielmehr die sowjetische Außenpolitik ist, die den entscheidenden Druck auf die NATO-Staaten ausgeübt hat; daß die Pershing II und Cruise Missiles für die USA inzwischen verhandelbar geworden sind, da es für ihre Kriegsführungsoptionen heute u.a. luft- und seegestützte Alternativen gibt.

Wir meinen: die Friedensbewegung kann jetzt nicht, auf eine Abrüstungsdynamik hoffend, einfach so weitermachen wie bisher. Denn es wird Anfang der 90er Jahre mehr statt weniger nukleare und konventionelle Waffen der USA und der NATO für die europäische und globale Kriegsführung geben. Die Friedensbewegung muß daher über ein INF-Abkommen hinaus die fortgesetzte Aufrüstung des Westens verweisen und diese über Aktionen im einzelnen zum Thema machen. Und es gilt auch weiterhin, daß Abrüstung nicht eine quasi-automatische Dynamik ist, sondern daß jeder Abrüstungsschritt immer wieder neu von der Friedensbewegung gegen die herrschende »Sicherheitspolitik« durchgesetzt werden muß.

Es kommt darauf an, gerade jetzt die Diskussion darüber zu beginnen. Wir rufen alle Friedensbewegten auf, sich daran zu beteiligen, mit dem Ziel, bei der Perspektivkonferenz der Friedensbewegung im November '87 entsprechende gemeinsame Handlungskonzepte zu entwickeln.

Im folgenden wollen wir unsere Vorschläge inhaltlich begründen und Möglichkeiten der praktischen Umsetzung vorstellen.

### Die Zauberformel wirkt nicht mehr ...

Fast vergessen scheint heute schon, daß die Friedensbewegung bis 1983 nicht für die NATO-Forderung einer sog. Null-Lösung auf die Straße gegangen war, sondern für die bedingungslose Nichtstationierung der Pershing II und Cruise Missiles. US-Präsident Reagan gebärdete sich damals noch nicht als »Friedensfürst in spe«, sondern als »Kalter Krieger«, der das »Reich des Bösen«, als das er die Sowjetunion ansah, zu vernichten trachtete. Verhaltenere, jedoch nicht minder gefährliche Töne waren aus den Reihen der Schmidt/Genscher-Regierung zu hören. Hinter der propagierten »Raketenlücke« stand hier die Absicht, die Raketen wegen ihres hohen »Ankoppelungswertes« in die BRD zu holen: Damit sollte die Drohung des Einsatzes der geballten nuklearstrategischen Macht der USA möglichst nahe an einem potentiellen europäischen Schlachtfeld gewährleistet werden.

Durch das Aufgreifen der Verhandlungsofferte der NATO von 1981 durch die Sowjetunion kamen die Regierungen der westlichen Militärallianz plötzlich in Argumentationsschwierigkeiten. Nicht zuletzt deshalb stellten nun die USA die Waffen in den Verhandlungen zur Disposition. Die Bundesregierung verband schließlich das Unangenehme mit dem Nützlichen. Obwohl sich die BRD (wg. Verlust der »Ankoppelung«) am heftigsten von allen NATO-Partnern gegen das Eingehen auf die sog. Null-Lösung sträubte, profilierte sich zunächst Genscher im Vorfeld des Bundestagsbeschlusses vom Juni d.J. als Anwalt derer, die auf Abrüstung hoffen; er erkannte als erster, daß sich eine außenpolitische Isolierung der BRD in dieser Frage nur schädlich auswirken konnte. Als dann schließlich nur noch die Pershing 1-a der BRD einem Abkommen im Weg zu stehen schienen, reihte sich schließlich auch Kanzler Kohl mit einer sehr geschickten Erklärung über einen »bedingten Modernisierungsverzicht« bzgl. der Pershing 1-a in die Reihe der scheinbaren Abrüstungsbefürworter ein.

Seit Beginn der sowjetischen Verhandlungsoffensive mit den Diskussionen um »Null-Lösungen« sieht sich auch die Friedensbewegung vor unerwartete Probleme gestellt.

Der offensichtlich in den Jahren seit 1983 kaum veränderten Fixierung auf den damaligen »Minimalkonsens« ist es wohl geschuldet, daß die Friedensbewegung ihre ehemalige Meinungsführerschaft in Sachen Frieden und Abrüstung angesichts eines möglichen INF-Abkommens immer mehr an die Regierenden abtritt. Selbst die - inzwischen erweiterten - »5 Kölner Punkte« (Nichtstationierung v. Pershing und Cruise, keine Weltraumwaffen, Rüstungsausgaben senken, keine innere Militarisierung, Stopp der Rüstungsexporte, Einstellung aller Atomwaffentests, Abschaltung aller AKWs, Beseitigung aller chemischen Waffen) haben in diesem Sinne zu wenig bewirkt und standen wohl mehr auf dem Papier, als daß sie in aktive Friedenspolitik umgesetzt wurden. Wie wäre sonst zu erklären, daß angesichts der möglichen Erfüllung nur *einer* dieser Punkte in der Friedensbewegung Orientierungslosigkeit breit macht: Ist die NATO plötzlich friedenswillig geworden? Kann die Friedensbewegung die Verantwortung für Frieden und Abrüstung nun an die Regierung abgeben?

Es ergibt sich die paradoxe Situation, daß die NATO durch Um- und Aufrüstung ihre Kriegsführungsfähigkeiten verbessert und gleichzeitig in der Öffentlichkeit immer mehr als abrüstungswillig dasteht. So besteht die Gefahr, daß v.a. die Bundesregierung den »Bruch im sicherheitspolitischen Konsens« zwischen sich und der Bevölkerung an der Mittelstreckenraketen-Frage wieder schließt. Dieser »Bruch« aber war einer unserer wichtigsten Erfolge: Die Friedensbewegung machte am Beispiel der Mittelstreckenraketenstationierung deutlich, daß sie die steigende Kriegsgefahr durch die forcierte Aufrüstungspolitik der NATO und somit die Maßnahmen der herrschenden »Sicherheitspolitik« nicht mehr unwidersprochen hinnehmen wollte.

## Abkommen = Abrüstung ?

Wir wollen hier nicht darüber spekulieren, ob der Paphierung eines Abkommens auch wirklich ihre Ratifizierung und dann der tatsächliche Abbau der Raketen folgt. Wir stellen vielmehr fest: **Derzeit läuft nicht nur eine Verhandlungsrunde, sondern auch eine Aufrüstungsrunde.** Und am Ende dieses Prozesses werden zwar möglicherweise ca. 588 Mittelstreckenraketen längerer Reichweite aus Europa verschwunden sein - um die Zerstörung der Sprengköpfe wird in Genf gar nicht verhandelt. Demgegenüber wird es aber **allein durch die geplante See- und Luftstationierung der Cruise Missiles rund 9.000 Atomsprengköpfe der USA m e h r für den europäischen Kriegsschauplatz geben.** Wenn es am Ende eines solchen Prozesses also m e h r statt w e n i g e r Waffen geben wird, ist das **keine Abrüstung im Sinne einer Reduzierung von Kriegsführungsfähigkeit, sondern eine Um- und Aufrüstung.**

Nichtsdestoweniger gibt es gerade in der Bundesregierung seit Gorbatschows Verhandlungsoffensive heftigstes Gezeter. Die »Entnuklerisierung Europas« wird ebenso wie die »konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes« mit seiner angeblichen »Invasionsfähigkeit« beschworen. Daß selbst ein Christian Krause, Sozialdemokrat und Brigadegeneral a.D., so etwas für Zweckpropaganda hält, stört »unsere Volksvertreter« wenig. Sie fordern als »Ausgleich« für den Abzug der Pershing und Cruise schon heute eine »konventionelle Nachrüstung«.

Auch bei den strategischen Waffen wurde vorgebaut: Das SDI-Programm, bei dem es längst nicht mehr nur um die Weltraummilitarisierung, sondern ganz wesentlich auch um modernste Kriegstechnologie für die Luft-Land-Schlacht (Air Land Battle) auf der Erde geht, soll nach Willen der NATO nicht in die Verhandlungen um die Reduzierung der strategischen Systeme einbezogen werden - obwohl sie gerade auch auf der strategischen Ebene zur Erlangung der militärischen Überlegenheit des Westens dient. Darüberhinaus sieht die US-Planung vor, ihr strategisches Nuklearpotential (incl. der genannten bis zu 4.000 km reichenden Cruise Missiles) von ehemals rund 10.000 auf rund 25.000 Sprengköpfe aufzustocken. Dieses Programm läuft auf vollen Touren, die Obergrenze des SALT II-Abkommens wurde seitens der USA bereits Ende 1986 durchbrochen, und eine 50%ige Reduzierung ist bei den angehäuften Schwierigkeiten zwischen den Verhandlungspartnern nicht in Sicht.

## Null ist nicht Null ...

Das Gerede um »Null-Lösungen« suggeriert, daß mit Vertragsabschluß zumindestens Europa atomwaffenfrei würde. Doch nach Abschluß ihrer Modernisierungsprogramme wird es Anfang der 90er Jahre ca. 640 seegestützte britische und ca. 798 see- und luftgestützte französische Atomwaffen längerer Reichweite für den europäischen Kriegsschauplatz geben; hinzu kommen noch rund 800 seegestützte, die dem NATO-Oberbefehlshaber unterstellt sind. Gar nicht einberechnet sind hierbei die auf Flugzeugen stationierten Atomwaffen.

## ... und Kohl kocht das eigene atomare Süppchen der BRD

Wie mensch aus Scheiße Gold (oder besser: Plutonium) macht, demonstrierte Kanzler Kohl mit seiner jüngsten Regierungserklärung zu den Pershing 1-a. Sein bedingter Modernisierungsverzicht hinterließ in der öffentlichen Meinung Erleichterung, daß der Regierungschef nun auch noch das letzte Hindernis eines Abkommens beseitigt habe und somit scheinbar für Abrüstung sei.

Der Gehalt der Kohl-Erklärung, dem die Friedensbewegung ihre Aufmerksamkeit schenken muß, ist jedoch ein anderer: Kohl bekräftigte hiermit den Anspruch auf einen eigenständigen atomaren Status der BRD. Er bewegt sich mit seiner Erklärung im Rahmen des NATO-Beschlusses von Reykjavik, nach dem sog. Drittstaaten-systeme nicht in die bilateralen Verhandlungen zwi-

schen den USA und der UdSSR einbezogen werden dürfen. Kohl stellt nun mit seiner Erklärung klar: Die politische Verfügungsgewalt über diese »Drittstaatsysteme« liegt bei der BRD. Die USA widersprachen dem nicht nur *nicht*, sondern erregten die BRD ganz offensichtlich dazu. Hier wurde ein weiterer Schritt getan, den Nuklearvorbehalt der BRD aufzuweichen.

## Ein INF-Abkommen ist nicht der Frieden, den wir meinen

Es wird also höchste Zeit, daß die Friedensbewegung erklärt: Die derzeitige Verhandlungsdiplomatie und ein mögliches Abkommen ist kein Anlaß, nur Sekt zu trinken und ansonsten den Frieden wieder den herrschenden »Sicherheitspolitikern« zu überlassen. Natürlich sollten wir uns darüber freuen, daß wir mit dazu beigetragen haben, daß die NATO die »Null-Lösung« nicht einfach vom Tisch wischen konnte. Aber, wie gesagt: **Unterm Strich erwartet uns nicht Abrüstung, sondern Aufrüstung.** Wir dürfen es nicht zulassen, daß es der Regierung gelingt, durch das Schüren illusionärer Hoffnungen in Verhandlungsdiplomatie den »Bruch im sicherheitspolitischen Konsens« wieder zu kitten und - entgegen der realen NATO-Politik - die Meinungsführerschaft in Sachen Frieden und Abrüstung noch mehr an sich zu ziehen.

**Es wird notwendig sein, daß wir das auch durch konkrete Aktionen der Friedensbewegung demonstrieren:**

- Auch nach einem Abkommen wird es z.B. im nächsten Jahr militärische Manöver mit den Pershing II und den Cruise Missiles geben. Es geht also darum, deutlich zu machen, daß uns die atomaren Mittelstreckenwaffen und die von ihnen ausgehende militärische Bedrohung auch noch über Jahre erhalten bleibt. Aktionen an einem Standort der Mittelstreckenraketen, z.B. in Mutlangen, sollen nicht nur unsere verhaltene Freude über unseren Anteil an einem möglichen Abrüstungsschritt zum Ausdruck bringen; wir wollen vor allem klarstellen, daß wir bis zum Abzug der letzten Rakete mißtrauisch gegenüber einem Abkommen und wachsam bzgl. seiner Umsetzung sein werden.

Hingewiesen werden muß auch darauf, daß die Bundesregierung sich weigert, die Pershing 1-a auch schon jetzt zu verschrotten, und statt dessen öffentlich einen *Anspruch auf die politische Verfügungsgewalt* über Atomwaffen geltend macht.

- **Was derzeit geschieht, ist kein Abbau von Kriegsführungsoptionen der NATO, sondern eine Verlagerung solcher Optionen auf andere, v.a. auch wiederum nukleare Waffensysteme.** Diese Form von Umrüstung zeigt, daß die Kompensation der möglicherweise abzuziehenden Mittelstreckenwaffen bereits in vollem Gange ist und v.a. deshalb von Abrüstung nicht die Rede sein kann. Eine Aktion z.B. an einer NATO-Einrichtung wie dem Führungsbunker in Linnich könnte verdeutlichen, daß die Friedensbewegung diese Entwicklungen sieht und sich entschieden gegen eine Aufrüstung im Abrüstungsgewand ausspricht. Auch muß klar werden, daß angesichts des weiteren Verbleibs von

eurostrategischen Atomwaffen (Großbritannien, Frankreich) von »Null-Lösung« und »Entnuklearisierung Europas« nicht geredet werden kann.

- Die konventionellen Kriegsführungsoptionen der NATO sind in den Diskussionen und Aktionen der Friedensbewegung immer noch unzureichend berücksichtigt. Gerade auf diesem Gebiet aber ist sowohl eine Aufrüstungs- wie auch eine Propagandaoffensive der NATO zur Rechtfertigung eigener Aufrüstung zu erwarten. Die Einführung modernster »konventioneller« Militärtechnologien auf diesem Wege sind nämlich neben der nuklearen Umrüstung die Hintertürchen, durch die die NATO ihre Kriegsführungsoptionen ausweitet. Wir sollten durch eine Aktion wie z.B. bei MBB in München deutlich machen, daß wir uns öffentlich sowohl gegen diese Aufrüstung wie auch gegen eine Rechtfertigungs-Propaganda für Aufrüstung wenden, die gleichzeitig das aufgebrochene »Feindbild Sowjetunion« rekonstruieren soll.

**Die Friedensbewegung sollte mit einem integrierten Konzept an allen drei genannten Standorten und den mit ihr verbundenen Themen - Pershing II, Cruise Missiles, weitere nukleare und konventionelle Aufrüstung im Rahmen der NATO-Strategie und auch der BRD-Anspruch als eigenständige Atommacht - den Stand der gegenwärtigen Aufrüstung verdeutlichen und mit entsprechenden Aktionen und Demonstrationen dagegen protestieren.**

**fid** Nr. 5/87

### friedenspolitischer Informationsdienst

Aus dem Inhalt:

- Rüstungshaushalt 1988: Umverteilung mit neuer Dreistigkeit
- Jahreibericht der Jugendoffiziere
- Berichterstattung über den Olof-Palme-Friedensmarsch
- 6. END-Konvent in Coventry
- Diskussionsbeiträge zur Frage der Gewaltlosigkeit von Günter Anders und Helmut Gollwitzer

Der friedenspolitische Informationsdienst erscheint 6 mal im Jahr und beschäftigt sich mit aktuellen friedenspolitischen Diskussionen und Entwicklungen. Anfang Dezember 1987 erscheint das nächste Themenheft mit dem Schwerpunkt „Konventionelle Rüstung“. Probeexemplar bei der DFG-VK anfordern oder am besten gleich abonnieren!

..... Bitte senden Sie mir ein kostenloses Probeexemplar  
..... Ich möchte den friedenspolitischen Informationsdienst (6 Ausgaben im Jahr/DM 24,-/DM 27,-) abonnieren.

Datum .....

Unterschrift .....

Name .....

Anschrift .....

.....

DFG-VK, Schwanenstr. 16, 5620 Velbert 1

## Plädoyer für eine "positive Friedensdoktrin" Zu den Perspektiven der Friedensbewegung

von Mechthild Jansen (Frauen in die Bundeswehr? - Wir sagen Nein!)

Die Friedensbewegung steht vor der Aufgabe, *neue politische Initiative* wiederzugewinnen und *neue Politik zu machen*. Nur, wo dies geschieht, ist - neben dem internationalen Druck auf die Regierung - optimale Kräfteentfaltung für Abrüstung möglich. So unverzichtbar und dringend das aktuelle, im höchsten Maße bewegliche und durch gegnerische Entmutigungsversuche unbeirrte Eingreifen zugunsten erster Schritte der Rüstungsreduzierung ist, es reicht nicht aus, allein Einzelforderungen zu erheben, die die laufenden Aufrüstungsprozesse stoppen und zurücknehmen sollen. Es braucht eine grundlegend neue Politik, die den Boden militärisch geprägten Sicherheitsdenkens völlig verläßt und die die Militarisierung der Politik selbst überwindet.

Von der gemeinsamen Ablehnung eines strategisch und qualitativ zentralen Aufrüstungsschrittes, der sog. „Nachrüstung“, über die gemeinsame Ablehnung des gesamten Systems der Abschreckungspolitik geht es für die Friedensbewegung heute um die Formulierung (von Elementen) einer gemeinsamen *politischen Alternative eines innen- und außenpolitischen gerechten Friedens* - sozusagen um eine *positive Friedensdoktrin*, um ein Konzept politischer Friedenssicherung oder auch eine Philosophie des Friedens.

Der Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, daß *Sicherheit und Frieden* in jeder Außenpolitik nicht länger gegeneinander, sondern *nur miteinander* zu gewährleisten sind. Nationale Überlebensinteressen fallen letztlich zusammen mit internationalen Überlebensinteressen der gesamten Menschheit. Diese Einsicht hat weitreichende Implikationen. Vom Stadium des Nichtkrieges bei wachsendem, schon hier und heute zerstörerischem Militärpotential ist dazu überzugehen, die *Ächtung jeden Krieges* in der UNO-Charta politisch-praktisch durchzusetzen und durch eine neue Weltfriedensordnung zu ersetzen.

Dazu müssen vorrangig und dringend die zerstörerischen *militärischen Gewaltapparate beseitigt* oder vernichtet und alle ihre *Zuliefererdienste umgestaltet* werden.

Wenn es darum geht, die internationale Interdependenz, die Ganzheitlichkeit der Welt anzuerkennen und die aus ihr resultierenden gemeinsamen Interessen an der Friedens- und ökologischen Sicherung, der Beseitigung von Hunger, Armut, Krankheit, Analphabetentum, Diskriminierung, der Bewältigung der technologischen Veränderung durch *Kooperation* zu sichern, dann gelingt dies nur bei *Anerkennung der Existenz gegensätzlicher Ordnungen*. Die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme haben sich mit dem Dasein der je anderen abzufinden. Das Gebot kooperativer Friedenssicherung verträgt sich nicht mit der Absicht, die je andere Ordnung *von außen zu stürzen* oder zu vernichten, mit *keiner* Form, Revolution oder

Konterrevolution zu *exportieren* (alles andere an Wettbewerb und ideologischer Auseinandersetzung ist erlaubt). Umgekehrt ist die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts (und damit die von innen kommende Veränderung) zwingend eingeschlossen.

Kooperation heißt also weder innen- noch außenpolitisch, den gesellschaftlichen Status quo festzuschreiben. Im Gegenteil: Sie ist der „nichtmilitaristische“ (oder anders: militärische Gewalt ausschließende) Rahmen, den Zustand des Nichtkrieges durch das Austragen unterschiedlicher oder gegensätzlicher Interessen zu wirklichem, gerechtem Frieden zu entwickeln. Damit ist das Austragen von Konflikten Element gesellschaftlicher Entwicklung, Bestandteil der Friedenssicherung und der Lösung gegenwärtiger gesellschaftlicher Probleme. Unter Anerkennung der Souveränität der Völker und Staaten ist es Sache eines *wirklichen internationalen Wettbewerbs* der Systeme oder verschiedener gesellschaftlicher Modelle ohne irgendwelche Alleinvertretungs- oder Führungsansprüche und Sache der jeweiligen Völker der am internationalen Geschehen beteiligten Staaten. Es bedeutet den Zwang und die Chance zur Selbstbestimmung und Demokratie, zu Überzeugung und Gewinnung der Menschen für die besten Lösungen. Und das ist eine Sache des politischen Kampfes.

Zur Kennzeichnung einer politischen Alternative zur Abschreckung wird gegenwärtig wieder vielfach der Begriff der „Entspannung“ gebraucht. Er bleibt allerdings noch sehr unklar. (Es sind unterschiedliche, aus den 70er Jahren stammende Definitionen und Absichten, eine umstrittene Praxis der 70er Jahre ebenso wie nicht näher ausgeführte zukünftige Vorstellungen gemeint.) Aus diesem Grunde sei hier die außenpolitische Alternative mit den Stichworten „Entmilitarisierung - Kooperation - produktiver Wettbewerb und Streit“ umrissen. Sie verlangt eine Neugestaltung der Politik in Form und Inhalt.

*Entmilitarisierung* umreißt ein ABC-Waffen-freies Europa bis zum Jahr 2000, konventionelle Abrüstung und Truppenreduzierung, die Beseitigung aller ausländischen Stützpunkte, einseitige Abrüstungsmaßnahmen, eine Abrüstungsspirale und Blockauflösung, den Ausstieg aus der Atomenergie, eine Einstellung des Rüstungsexportes u. a. m.

*Kooperation* und eine Humanisierung der internationalen Beziehungen umreißt den Verzicht auf nationalen Egoismus (das Erstreben von Vorteilen auf Kosten anderer) und den Vorrang internationaler Überlebensinteressen, weil diese tatsächlich letztlich mit den nationalen zusammenfallen. Sie umreißt die Anerkennung der Vielfältigkeit der Welt und den Verzicht der Großmächte, über die zentrale Lebensfrage allein zu entscheiden, zugunsten der Einbeziehung, Konsenssuche und Verständigung auch mit

den kleinen und mittleren Staaten und Völkern. Sie heißt - statt Hierarchien - Gleichheit und Freiheit aller. Sie impliziert Völkerverständigung und Austausch, das Recht auf nationale Befreiung und Souveränität und die Sicherung *aller* Menschenrechte für *alle*. Sie bedarf des Wissens über andere, der Bildung, der Fähigkeit, sich in andere hineinzuversetzen. Sie heißt - statt geistiger Borniertheit, Vorurteilen und Mißtrauen - Aufbau von Vertrauen. An die Stelle von Drohungen und Machtmonopiergehabe treten Dialog, Demokratie im Denken und Freiheit in den Köpfen und Herzen.

*Wettbewerb*, rational verstanden, setzt schöpferische Potenzen frei. Die mit Militarismus und Wertestreit um der Vormacht willen verbundene Politik will anderen das Denken diktieren, anstatt die Menschen in die Lage zu versetzen, selbst zu denken und umgekehrt mit nachprüfbar Argumenten zu überzeugen. An die Stelle von Beherrschung und Zwang treten deshalb Selbstbestimmung. Statt durch Erpressung, Spaltung und Ausgrenzung kann Glaubwürdigkeit nur durch eigenes Tun erlangt werden. Statt Bevormundung und Unterdrückung muß Konfliktfähigkeit, das Aushalten und Austragen von Unterschieden und Gegensätzen, gelernt werden.

Es versteht sich, daß Friedenssicherung so selbst ein *demokratischer* Prozeß, *aktive* Gestaltung wäre, daß große Potenzen und Möglichkeiten neu zu denken und zu handeln in ihm begründet liegen und Anlaß zur Hoffnung auf gesellschaftlichen Fortschritt besteht.

Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik will die Menschen motivieren, aktiv an diesem Prozeß teilzuhaben, weil er sich *nur durch* das bewußte Handeln der einzelnen Subjekte und gemeinsam entfalten läßt. Sie arbeitet mit allen zusammen, die endlich Abrüstung vollziehen und eine neue Friedensordnung verwirklichen wollen.

Zugleich wird die Friedensbewegung die sie schon immer begleitende Diskussion über die Ursachen von Rüstung und Krieg und ihr Verständnis eines gerechten Friedens fortführen und voraussichtlich/hoffentlich verstärken. Dabei ist für die innenpolitischen Diskussionen und Auseinandersetzungen *nicht übertragbar*, was für die internationalen Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher bzw. gegensätzlicher Ordnungen gilt! Innergesellschaftliche Widersprüche müssen - soll es nicht einen Scheinfrieden, einen Frieden der Starken auf Kosten der Schwachen, verlogene „Sozialpartnerschaft“, im Namen der „Zivilisation“ Ausbeutung der 3. Welt, im Namen „weiblicher Natur“ Unterwerfung der Frau u. ä. geben - politisch ausgeglichen werden. Ein gerechter Frieden schließt mit dem Abbau militärischer Gewalt den Abbau jeder Form von Gewalt ein bzw. muß diesen nach sich ziehen, deren Absicherung im Innern nicht zuletzt auch Aufgabe der ver-



meintlich nur außenpolitisch begründeten Militärapparate ist. Denn zwischen militärischer Gewalt und der Gewalt der Umweltzerstörung, der sozialen Gewalt, Arbeitslosigkeit, der Ausbeutung und Gewalt gegen die Länder der 3. Welt, der patriarchalischen, sexistischen Gewalt und Unterdrückung, der physischen und psychischen Gewalt und der Gewalt der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen besteht ein enger innerer organischer Zusammenhang und eine Verflochtenheit, die nur im wechselseitigen Verhältnis grundlegend und dauerhaft aufgehoben werden können.

Es gibt also auf unterschiedlicher Ebene außen- und innenpolitisch ein *dialektisches Verhältnis von Kooperation und Konflikt*, welches jeweils der *dynamischen Entfaltung* bedarf, um zu einem wirklichen *gerechten Frieden* und zu *humaner Entwicklung der Menschheit* zu kommen.

Es verlangt von uns selbst Respektanz des Selbstbestimmungsrechts eines jeden Menschen, Fähigkeit zur Solidarisierung und Demokratie, Fähigkeit zu kooperativer Zusammenarbeit, Dialog und Streitkultur.

(Dieser Artikel ist Teil eines umfassenderen Referats von Mechtild Jansen).



## Frauen auf die Konferenz!

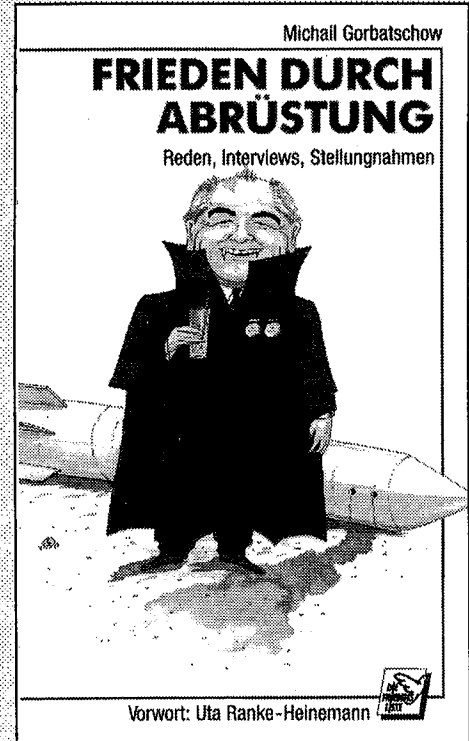
Die "Frauen für Frieden" wollen auf der Konferenz am Sa. 28.11. eine eigene Arbeitsgruppe für Frauen einrichten. Es soll um die Vernetzung der Frauen-Friedensgruppen und die Repräsentanz der Frauen im Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung gehen.

Kontakt: *Margret Ullrich, Am Knappenberg 42, 4600 Dortmund 1, Tel. 0231-551401*

### Anzeige

**Sobald einer der Großen glaubwürdig anfängt, neu zu denken, sehen andere alt aus. So lange, bis sie begriffen haben, was die Stunde geschlagen hat.** E. Eppler

### NEU- ERSCHEINUNG



Alle Friedentexte von Gorbatschow.  
300 Seiten.  
DM 9.80.  
In guten Buchhandlungen oder direkt bei

**FRIEDENSLISTE, Baumschulallee 2a, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/693071-74**

### Anzeige

## Aktion Friedenskerze

Aus eigener Erfahrung wissen wir, daß die finanziellen Mittel für Aktionen (Presseinfos, Flugblätter, Demos, Plakate, ...) trotz zahlreicher Spenden nicht ausreichen. Mit dem Verkauf der **Friedenskerze** könnt Ihr einen Teil der Kosten finanzieren. Durch den Kauf der Kerze kann jeder Eure Aktion direkt unterstützen und erhält gleichzeitig einen reellen Gegenwert.

Ihr bekommt die Kerze für DM 2,95 pro Stück und solltet sie für ca. DM 3,95 wieder verkaufen. Da wir die Kerzen selbst anfertigen, können wir Euch diesen günstigen Preis weitergeben. Die Mindestbestellmenge beträgt 50 Stück. Lieferung erfolgt per Nachnahme.

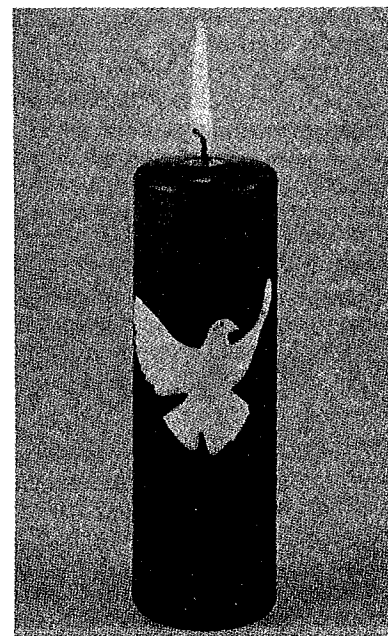
**Abnahmemenge:** 50-149 Stück DM 2,95 zuzügl. Versandkosten, ab 150 Stück DM 2,95 frei Haus

Bestellungen bitte schriftlich an: **Eduard Pawellek, AV-Kerzen, Fabrik-Str. 7-9, 7101 Abstatt, Tel.: 07062-6824**

Absender und evtl. Telefonnummer nicht vergessen!

Brenndauer ca. 20 Stunden

Farbe lila oder blau mit weißer Taube



## Friedensbewegung - und was jetzt?

### Wofür nach der "Null-Lösung" streiten?

von Karlheinz Koppe, Vizepräsident der deutschen Sektion von Pax Christi

Es gibt keine Null-Lösung und auch keine Doppelnull-Lösung. Selten ist die Öffentlichkeit so irreführt worden wie in den vergangenen Monaten. Die kurz vor dem Abschluß stehende amerikanisch-sowjetische Vereinbarung betrifft die weltweite Verschrottung von Raketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5000 km. Das sind bestenfalls 1,5 bis 2 Prozent der atomaren Arsenale. Die in Moskau und Washington ebenfalls zu Verhandlungen anstehende Halbierung der strategischen Waffen liegt noch in weiter Ferne. Selbst in Europa gibt es in absehbarer Zeit kein Null - mehrere Tausend Kurzstreckenwaffen bleiben auf beiden Seiten der west-östlichen Demarkationslinie stationiert, die Atomwaffen Frankreichs und Großbritanniens stehen überhaupt nicht zur Debatte.

Dennoch ist es gut, wenn mit der Verschrottung der Mittelstreckenwaffen ein erster Einstieg in die atomare Abrüstung gegangen wird. Sie sind verbrecherisch wie alle Massenvernichtungsmittel. Für die Friedensbewegung ist das ein Silberstreif am Horizont, aber kein Anlaß für Jubelfeiern. Wer jetzt argumentiert, das 1979 gesetzte Ziel, die Nachrüstung im Sinne des NATO-Doppelbeschlusses zu verhindern, dann zu stoppen und schließlich wieder rückgängig zu machen, sei doch erreicht und manfrau könne jetzt zur Tagesordnung übergehen, unterliegt einem dreifachen Trugschluß: zum einen übersieht er, daß der Widerstand gegen die Nachrüstung nur ein, wenn auch sehr symbolträchtiger Teil des Druckes gegen Rüstung überhaupt ist, zum andern leistet er der plumpen Propaganda der Bundesregierung und der amerikanischen Administration Vorschub, die den sich abzeichnenden Erfolg eben gerade auf das Festhalten am NATO-Doppelbeschuß zurückführen, und schließlich macht er diesen ersten kleinen Erfolg wertlos, weil er nur einen Sinn hat, wenn die inganggesetzte Dynamik fortgesetzt wird. Darauf zu achten ist und bleibt die entscheidende Aufgabe der Friedensbewegung. Auf diese Überlegung müssen sich Strategie und Aktion gründen.

Noch wird im Hunsrück weitergebaut - auch ein Zeichen dafür, daß Rüstungsmentalität und Rüstungsgeschäft ungebrochen weitergehen. Und noch ist die allgemeine Tendenz der Regierungen und der Militärs nicht etwa, darüber nachzudenken, wie es mit der Abrüstung vonstatt gehen soll, sondern wie das weniger an atomaren Waffen in Europa schleunigst im Bereich der konventionellen Rüstung wieder ausgeglichen werden kann. Die Friedensbewegung steht hinsichtlich ihres eigentlichen und umfassenden Ziels, nämlich Rahmen und Bedingungen für eine droh- und gewaltfreihere Gesellschaft zu schaffen, nach wie vor am Anfang. Der Streit darüber, ob der Mittelstreckeneinstieg dem Druck der Friedensbewegung oder dem Beharrungsvermögen der Regierungen zu verdanken sei, ist deshalb müßig. Im Zweifelsfalle war es Gorbatschows neues Denken, das den Durchbruch bewerkstelligt hat.

Für die Friedensbewegung allerdings ist es wichtig zu erkennen, was ihre tatsächliche Leistung war, denn nur wenn ihr das bewußt ist, wird sie weiterhin Millionen Menschen motivieren und mobilisieren können, sich für Abrüstung einzusetzen. Sie darf diese Leistung auch nicht allein am Grad einer Mobilisierung messen. Eine Massenmobilisierung ist nicht über viele Monate, geschweige Jahre hinweg möglich. Schon Ende 1983 nach der Entschließung des Bundestages zugunsten der Nachrüstung war eine Abschaffung erkennbar. 1986/87 kam es noch einmal zu einer erfolgreichen Kampagne, als es schien, daß der zum Greifen nahe Erfolg von der Bundesregierung blockiert wurde, die auf 72 im Besitz der Bundeswehr befindliche Raketen vom Typ Pershing IA nicht verzichten wollte. Aber solche Chancen bieten sich nicht jeden Tag. Wenn es eine Leistung der Friedensbewegung gibt, dann ist es sicher nicht der Tageserfolg und auch nicht der Ablauf einer Großdemonstration.

Die Leistung der Friedensbewegung bestand und besteht darin, Öffentlichkeit gegen Rüstung sensibilisiert und mobilisiert zu haben. Der halbherzige, aber immerhin ausgesprochene Verzicht des Bundeskanzlers auf die 72 Pershings war nicht allein auf amerikanischen Druck zurückzuführen, sondern auch auf die Erkenntnis, daß diese Regierung eine zweite Raketendebatte, wie sie 1979 bis 1983 stattgefunden hatte, nicht unbeschädigt durchstehen würde. Die Wahlen der letzten Monate sprechen eine deutliche Sprache. Die Friedensbewegung hat Bewußtsein verändert. Die SPD, die auf dem Höhepunkt der Regierung Schmidt den Nachrüstungsbeschuß trotz innerparteilicher Mehrheit gegen diese Politik noch getragen hatte, sprach sich am Ende der sozialliberalen Koalition dagegen aus, zu spät um diesen Sinneswandel noch wirksam werden zu lassen. Die neue Regierung konnte im Bundestag in Sachen Doppelbeschuß nur noch eine knappe Mehrheit finden. Inzwischen wird der Koalitionspartner F.D.P. zum Fürsprecher außen- und sicherheitspolitischer Vernunft. Innerhalb der CDU selbst nagen Zweifel an der Vernünftigkeit der Abschreckungspolitik. Vor allem aber zeigt sich, daß eine breite Öffentlichkeit ihre traditionellen antikommunistischen und antisowjetischen Feindbilder abgelegt hat und heute Gorbatschow mehr vertraut als Reagan. Hier muß die Friedensbewegung weiter arbeiten und für eine friedensverträgliche Sicherheitspolitik Öffentlichkeit gewinnen.

Sicherheitspolitik ist nicht von vornherein friedensverträglich. Überzogenes und einseitiges Sicherheitsdenken kann sogar friedensgefährdend sein, nicht nur weil es die militärische Konfrontation erhöht, sondern vor allem weil knappe Ressourcen anderen überlebenswichtigen Bereichen entzogen werden, der Rüstungswettlauf politische Verständigung erschwert oder gar verhindert oder zu seiner Rechtfertigung offene oder versteckte Feindbilder aufgebaut und verstärkt werden. Sicherheitspolitik ist

auch dann friedensgefährdend, wenn nicht ganz andere und neue Einsichten zum Zuge kommen, etwa ein verändertes Konsumverhalten, das entscheidende Konflikte und Kriegsursachen abbauen kann. So lange die westlichen Länder zur Aufrechterhaltung des Lebensstandards ihrer Bevölkerungen die Dritte Welt im Namen des Freihandels ausbeuten (indem sie beispielsweise Rohstoffpreise unter die Gestehungskosten drücken) und diesen Zustand durch Waffenexporte auch noch abzusichern versuchen, ist Frieden nicht sichtbar und damit auch keine wirkliche Abrüstung. Ganz abgesehen davon, daß Rüstungsproduktion nach wie vor als ein ganz normaler Wirtschaftsvorgang angesehen wird, für den der Staat die Infrastrukturen bereitstellt, um den Absatz der produzierten Rüstungsgüter zu erleichtern.

Nehmen wir den Bereich der Umwelt und die existentielle Gefährdung der Menschheit auch durch zivile atomare Technologien hinzu, zeigt sich eine dramatische Bedrohungssituation, in der Abrüstung ein zwar entscheidendes, aber doch nur ein Element unter vielen ist. Das zu vermitteln, sollte die zentrale Aufgabe der Friedensbewegung sein, zumal sie durch ihre Vielfalt dafür besonders geeignet ist. Das uneingeschränkte Ja zu der bevorstehenden Einigung über den Abbau der Mittelstreckenwaffen steht also in keinem Widerspruch zu der Forderung nach weiteren, vor allem substantielleren Ab-

rüstungsmaßnahmen und erst recht nicht zu der notwendigen Aufklärung der Öffentlichkeit über die Bedrohungssituation. Dies ist dann keine Panikmache, wie Konservative der Friedensbewegung immer wieder vorwerfen, wenn zugleich die positiven Maßnahmen aufgezeigt werden, die diese Bedrohungen verringern können. Punktkampagnen im militärischen Bereich (Abbau der strategischen und taktischen Atomwaffen, Verbot aller Atomtests, Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa, Rüstungsexportverbot, Abbau der konventionellen Rüstung und vieles andere mehr) können, wenn sie in diesen größeren Zusammenhang gestellt werden, dann auch Bevölkerungsschichten gewinnen, die bislang für Abrüstung kein Interesse gezeigt hatten oder sogar vehement Abrüstung ablehnen.

Mit der einen Kampagne, der einen Aktion ist Frieden nicht herbeizudemonstrieren. Aber jede Kampagne und jede Aktion sind Schritte in Richtung einer droh- und gewaltfreieren Gesellschaft, die Abrüstung schrittweise praktiziert und Ressourcen für eine ökonomisch gerechtere und ökologisch sicherere Welt mobilisiert, die allein Frieden und Gerechtigkeit und damit Freiheit und Menschenwürde gewährleistet.

(Dieser Artikel von Karlheinz Koppe erscheint ebenfalls im Publik-Forum)

Anzeige

Wer sich an der Diskussion über Frieden und Abrüstung beteiligen will und Informationen benötigt, liest regelmäßig die Vierteljahresschrift „Frieden & Abrüstung“. Im Jahresabonnement nur 25 DM – das Einzelheft 7 DM + Porto.

<p><b>Frieden und Abrüstung</b> Information und Dokumente zur demokratischen Friedensbewegung</p> <p>NO 11</p> <p>GORBATSCHOW, REAGAN UND SALT II zwischen Rüstungskontrolle und unkontrollierter Aufrüstung</p> <p>Initiative für Frieden, IFIAS</p>	<p><b>Frieden und Abrüstung</b> Information und Dokumente zur demokratischen Friedensbewegung</p> <p>NO 12</p> <p>AUSKLEINEN KRIEGEN KÖNNEN GROSSE WEIßEN Special Forces, ein Special Forces, ein Special Forces</p> <p>Initiative für Frieden, IFIAS</p>	<p><b>Frieden und Abrüstung</b> Information und Dokumente zur demokratischen Friedensbewegung</p> <p>NO 13</p> <p>Four Countries Peace Initiative <b>ATOMTEST STOP!</b> WER TESTET WAS + WER TESTET WEN ANALYSEN, DOKUMENTE, MEINUNGEN</p> <p>Initiative für Frieden, IFIAS</p>	<p><b>Frieden und Abrüstung</b> Information und Dokumente zur demokratischen Friedensbewegung</p> <p>NO 14</p> <p>DEN TRAUM VON DER UNVERWUNDBARKEIT IST EIN TRAUM ... UND DAZU NOCH EIN GEFAHRLICHER</p> <p>Europäische Flakelationabwehr in der Planung Wer steckt dahinter - was steckt dahinter?</p> <p>Initiative für Frieden, IFIAS</p>
---	---	---	---

Diese Hefte sind brandaktuell und können bestellt werden bei der IFIAS, Postfach 2280, 5300 Bonn 1, Telefon: 53 2292, gegen Verrechnungsscheck oder durch Vorauszahlung auf das Konto 1204041800 bei der Bank für Gemeinwirtschaft in Bonn (BLZ 380 101 11), c/o Wolfgang Biermann, Initiative für Frieden.

(an: IFIAS, Postfach 2280, 5300 Bonn 1)

O Ich/wir bestelle/n:

.....  
 .....

Name: .....

Anschrift/Telefon: .....

## Resolution zur Friedenspolitik der GRÜNEN

(beschlossen von der außerordentlichen Bundesversammlung in Oldenburg, 19./20.9.87)

### Wer Null will, darf nicht Null tun!

1. Viele Menschen hoffen heute auf Abrüstung. Die "doppelte Null-Lösung" wird von einer überwältigenden Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger begrüßt. Es besteht heute die reale Chance, daß Atomwaffen tatsächlich abgerüstet werden: die politischen Bedingungen dafür sind heute so günstig wie selten zuvor.

Der "Null-Lösungs-Vorschlag" der NATO, 1981 konzipiert, um Abrüstung zu verhindern, ist von der Sowjetunion wider Erwarten aufgegriffen worden - obwohl sie dabei mehr eurostrategische Mittelstreckenraketen abrüsten muß als die NATO, obwohl die U-Boot-gestützten eurostrategischen Raketen und flugzeuggestützten Atomwaffensysteme der NATO und die Gesamtheit der französischen Atomwaffen dabei nicht berücksichtigt werden sollen.

Ein Ziel der Friedensbewegung, nämlich die Beseitigung landgestützter Atomraketen über 500 km Reichweite, kann mit der doppelten Null-Lösung nunmehr Realität werden. Das Abkommen ist zwar noch längst nicht unter Dach und Fach, aber die Reagan-Administration scheint entschlossen, es gegen die Einwände europäischer NATO-Staaten, insbesondere der Bundesrepublik, die eine "nukleare Abkopplung" der USA von Europa befürchten, durchzusetzen.

DIE GRÜNEN treten für eine nukleare Abrüstung ein und fordern USA und Sowjetunion auf, noch 1987 ein Abrüstungsabkommen für landgestützte Mittelstreckenraketen oberhalb 500 km Reichweite abzuschließen (Doppel-Null-Lösung) und schnellstmöglich zu ratifizieren.

2. Die bisherigen Reaktionen der Bundesregierung auf die Möglichkeit eines Null-Lösungs-Abkommens können nur als erbärmlich bezeichnet werden. Offenbar hat sie nie geglaubt, daß die Sowjetunion den NATO-Null-Lösungs-Vorschlag je aufgreifen würde. Während jeder vernünftige Mensch eine solche Chance begrüßt, beschwört Verteidigungsminister Wörner die "Gefahr" einer Entnuklearisierung Europas.

Wie wenig diese Bundesregierung zur Abrüstung fähig ist, zeigt ihr zähes Festhalten an den Pershing Ia und ihr hartnäckiger Versuch, sie als "Drittstaatensysteme" einzustufen, über die die USA nicht mit der Sowjetunion verhandeln dürfen. Statt die Pershing Ia endlich zu verschrotten, will Kohl sie lediglich unter verschiedenen Bedingungen nicht modernisieren - die These von den Drittstaatensystemen ist dabei gerettet, die Pershing Ia wird aus einem Abkommen zwischen USA und Sowjetunion ausgeklammert.

In einer Situation, in der die Bundesrepublik mit friedenspolitischen Initiativen mehr denn je für einen Ausstieg aus dem Wettrüsten und eine Auflösung der Militärblöcke wirken könnte, betreibt die Bundesregierung eine verantwortungslose Blockpolitik.

DIE GRÜNEN fordern von der Bundesregierung die sofortige ersatzlose Verschrottung der Pershing Ia-Trä-

gersysteme der Bundeswehr und von den USA die Verschrottung der dazugehörigen Sprengköpfe.

DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, den nicht-atomaren Status der Bundesrepublik Deutschland ins Grundgesetz aufzunehmen.

3. Als wäre nichts geschehen, werden in den Ausbau der Raketenbasen für Pershing II in Heilbronn und für Cruise Missiles in Hasselbach weiter Millionen investiert und weiter neue Cruise Missiles stationiert.

DIE GRÜNEN fordern als konstruktiven Beitrag der Bundesrepublik zu einer Null-Lösung den sofortigen Baustopp auf den Raketenbasen und die Aufhebung des Stationierungsbeschlusses. Statt die Null-Lösung weiter zu zerreden, müssen Bundesregierung und Bundestag jetzt handeln.

4. Obwohl die CDU/CSU alles tut, um ein Abrüstungsabkommen zu sabotieren, steckt sie sich die Möglichkeit eines solchen Abkommens bereits heute als ihr Verdienst an den Hut: Nur die "Politik der Stärke" der NATO habe es erst möglich gemacht, daß es zu einem solchen Abkommen kommt. Mit der Realität hat dieser blühende Unsinn wenig zu tun: Hätte sich die Sowjetunion genauso benommen wie die NATO, wären wir längst wieder im Kalten Krieg.

DIE GRÜNEN stellen fest: Nicht der NATO oder gar der Bundesregierung ist es zu verdanken, daß nukleare Abrüstung heute wenigstens in Teilbereichen real möglich erscheint, sondern der sowjetischen Politik des "neuen Denkens" und den Friedensbewegungen des Westens. Abrüstung, die diesen Namen tatsächlich verdient, wird es jedoch nur geben, wenn die Friedensbewegung in der entscheidenden Phase ihren Druck jetzt wieder verstärkt.

5. Um keine militärisch-nuklearen Optionen zu verlieren, planen die NATO-Staaten bereits jetzt Umrüstungsmaßnahmen, damit die Abrüstung nicht gar zu große Wirkungen hat. Bei ihrer Ministerratstagung am 15. Mai in Stavanger verständigten sich die NATO-Verteidigungsminister darauf, mit anderen Waffensystemen nachzurüsten, die nicht von einem Abkommen erfaßt werden. Neben der ohnehin geplanten konventionellen Aufrüstung für die US- und NATO-Konzepte des "tiefen Schlages ins gegnerische Hinterland" (Airland Battle, FOFA, Offensive Counter Air) sind für eine neue Nachrüstung flugzeuggestützte Abstandsraketen, zusätzliche seegestützte Cruise Missiles sowie neue Mittelstreckenraketen kurzer Reichweite unterhalb 500 km (Lance 2) im Gespräch.

DIE GRÜNEN lehnen diese Konzepte ab und fordern einen Verzicht auf jegliche nukleare wie konventionelle neue Aufrüstungsprogramme. Nachdem die Sowjetunion der NATO bei den nuklearen Waffen zweimal entgegengekommen ist, muß der Westen jetzt im konventionellen Bereich mit der Abrüstung beginnen. DIE GRÜNEN werden zur Haushaltsdebatte entsprechende Anträge im

Bundestag einbringen, um zu zeigen, wie die Bundesrepublik hier konstruktiv mit einseitigen Abrüstungsschritten vorangehen könnte. Ferner setzen sich DIE GRÜNEN für eine vollständige Entnuklearisierung der BRD ein.

6. Als Reaktion auf die "Abkopplungsängste" westeuropäischer NATO-Regierungen sind insbesondere die Bundesrepublik und Frankreich derzeit dabei, den "europäischen Pfeiler der NATO" zur eigenständigen Militärmacht Westeuropa auszubauen. Deutsch-französische Brigade sowie Pläne für eine deutsch-französische Neutronenbombe, deutsch-französische Plutoniumwirtschaft und zunehmende europäische Kooperation in der Rüstungsindustrie sind dafür nur der Auftakt.

Angesichts der leider weiterhin durch taktische, flugzeug- und seegestützte Nuklearwaffen und nicht zuletzt durch die Präsenz von über 200.000 US-Soldaten gewährleisteten nuklearen Ankopplung der USA wird das Abkopplungs-Gerede politisch dazu benutzt, eigene Supermachtambitionen voranzutreiben. Mit Besorgnis registrieren wir, daß sich für diese Entwicklung ein breiter Konsens zwischen europäischer Sozialdemokratie und europäischen konservativen Parteien abzeichnet.

DIE GRÜNEN lehnen jegliche Bestrebungen ab, die Militärachse Bonn-Paris auszubauen, sei es bilateral, sei es im Kontext der Westeuropäischen Union (WEU), sei es im Kontext einer militarisierten EG. Europäischer Militarismus und europäische Atombomben sind nicht besser als amerikanischer Militarismus und amerikanische Atombomben.

7. Die gegenwärtige Neuformierung der NATO in Westeuropa zeigt deutlich, daß Friedenspolitik mehr sein muß als die Beseitigung einzelner Waffensysteme. Die gegenwärtigen Entwicklungen dürfen nicht zu einer solchen Europäisierung der NATO-Militärpolitik genutzt werden. Wenn wir Pershing II und Cruise Missiles gegen eine deutsch-französische oder europäische Atommacht eintauschen, wird das Resultat mehr Unsicherheit sein.

DIE GRÜNEN bleiben daher der Strategie einseitiger Abrüstungsschritte verpflichtet. Diese zielt einerseits auf militärische Abrüstung. Wir sind uns andererseits aber darüber im klaren, daß diese nur erreicht werden kann, wenn wir zum Bruch mit der NATO bereit sind. DIE GRÜNEN bleiben daher bei ihrer Forderung nach einem Austritt der Bundesrepublik aus der NATO.

Friedenspolitik kann nicht auf der Basis von Militärblöcken betrieben werden. Wir treten daher für die Auflösung der Militärblöcke ein. Dies wird jedoch nicht dadurch erreicht, daß darüber lediglich viel geredet wird. Vielmehr müssen wir im eigenen Land mit der Blockauflösung beginnen. Dies bleibt die Leitlinie grüner Friedenspolitik in der Friedensbewegung wie im Bundestag, außerparlamentarisch wie parlamentarisch.

DIE GRÜNEN als Teil der internationalen Friedensbewegung sind solidarisch verbunden mit den Friedensbewegungen in Großbritannien, den Niederlanden, Spanien, Italien, Griechenland, Neuseeland und mit den Friedensbewegungen von unten in Polen, Ungarn, der DDR und der Tschechoslowakei, die dort für den Austritt ihres Landes aus ihrem jeweiligen Militärblock und für den

Einstieg in eine blockunabhängige Friedenspolitik arbeiten.

8. Unverzichtbar ist für eine solche blockunabhängige Friedenspolitik die unzweideutige Anerkennung der Grenzen in Europa. Dies bedeutet auch die vorbehaltlose völkerrechtliche Anerkennung der DDR und ihrer staatsbürgerschaft.

Erst mit dem Verzicht auf Wiedervereinigungsansprüche, die das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges revidieren wollen, und erst mit der Herstellung normaler nachbarschaftlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR (einschließlich des Abbaus der Mauer in Berlin und voller Reisefreiheit ist eine Dynamik denkbar, die die Loslösung beider deutschen Staaten aus ihren Blocksystemen anstrebt und damit das Ziel grüner Friedenspolitik, die Auflösung der Blocksysteme weltweit, umzusetzen beginnt.

Nur mit dem Verzicht auf jegliche "Wiedervereinigung" können berechtigte geschichtliche Befürchtungen unserer Nachbarn vor einer blockunabhängigen Außenpolitik der Bundesrepublik entkräftet werden.

9. Die Friedensbewegung sieht nach jahrelanger Arbeit jetzt Bewegung in die starren Positionen kommen. Es wird entscheidend davon abhängen, ob die Friedensbewegung jetzt wieder verstärkt aktiv wird, ob diese Dynamik für Abrüstung oder für europäische Supermachtambitionen und Umrüstung genutzt wird.

DIE GRÜNEN rufen deshalb alle ihre Mitglieder, Wählerinnen und Wähler auf, sich wieder verstärkt in der Friedensbewegung zu engagieren.

## II. INTERNATIONALER PÄDAGOGEN-FRIEDENSKONGRESS 21. - 23. MAI 1988, BONN



### GLOBAL DENKEN UND LEHREN - LOKAL HANDELN!

KONGRESS-SEKRETARIAT: TEACHERS FOR PEACE,  
KÜLNSTR. 198, 5300 BONN I  
TEL.: 02 28 / 63 70 57



## Erstmals Internationaler Pädagogen-Friedenskongress in der Bundesrepublik

### Vorbereitungsausschuß verabschiedete Programm

"Think and teach globally - act locally!" Unter diesem Motto findet in der Bundesrepublik Deutschland erstmals ein Internationaler Pädagogen-Friedenskongress statt. Vom 21. bis zum 23. Mai 1988, zu Pfingsten nächsten Jahres, werden sich etwa 500 Pädagogen aus aller Welt in der Bundeshauptstadt Bonn treffen und gemeinsam über die aktuellen Entwicklungen in den internationalen Beziehungen, die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Friedensbewegung und die Rolle von Pädagogen bei der Erziehung zum Frieden beraten. Schon jetzt steht fest, daß zu diesem Kongress Kolleginnen und Kollegen aus Japan, Australien, Namibia (SWAPO), Südafrika (ANC), Kanada, USA, UdSSR, DDR, Bulgarien, Ungarn, Polen, Frankreich, Großbritannien, Skandinavien, den Beneluxländern, Österreich und der Schweiz teilnehmen werden: Lehrerinnen und Bildungspolitiker, Friedensforscher und Kindergärtnerinnen, Gewerkschafterinnen und Hochschullehrer.

Die "Internationale Vorbereitungsgruppe" versteht diesen Kongress als einen Beitrag zur UNO-Abrüstungskonferenz im Herbst 1988 und zu den Anstrengungen von UNO und UNESCO für Frieden und Abrüstung. Er führt die internationale Zusammenarbeit der im Erziehungs- und Bildungsbereich Tätigen fort, die mit dem I. Internationalen Kongress in Kopenhagen begonnen wurde. Für diesen Beitrag zum Weltfriedensjahr 1986 wurden die Veranstalter vom UNO-Generalsekretär mit der Ehrenurkunde des "Peace-Messenger" gewürdigt.

Von der "Internationalen Vorbereitungsgruppe" wurden jetzt das vorläufige Programm und die inhaltlichen Schwerpunktthemen des Kongresses in Bonn beschlossen:

### Inhaltliche Schwerpunkte

1. **Globales Denken - neue Wege der internationalen Verständigung: Wie sieht unsere gemeinsame Zukunft aus?**
  - \* Die aktuelle politische und soziale Situation: Gemeinsame Sicherheit und friedliche Koexistenz - erste Schritte zur Abrüstung
  - \* Welche Beziehungen bestehen zwischen den ökonomischen Entwicklungen und ökologischen Problemen und der Aufrüstung? (Bericht der "Weltkommission für Umwelt und Entwicklung" der UNO = sog. "Brundtland-Report")
  - \* Welcher Zusammenhang besteht zwischen den sozialen Bedingungen der Länder und ihrer Friedenspolitik?
  - \* Internationale Solidarität: Erfahrungen mit Projekten zwischen Nord und Süd
  - \* Die Bedeutung von atomwaffenfreien Zonen
  - \* Die Notwendigkeit neuer Wege in den Ost - West - Beziehungen
  - \* Beziehungen zwischen Frieden, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit
  - \* Jetzt die Apartheid abschaffen - für ein freies Südafrika, - für ein freies Namibia!

2. **Handeln und Erziehen für den Frieden: Welche Verantwortung haben Pädagog/inn/en für unsere gemeinsame Zukunft?**

- \* Wie realisieren Pädagog/inn/en ihre Verantwortung für Zukunft und Abrüstung?
- \* Lehrende als Lernende: Erfahrungen in der Friedensbewegung
- \* Schulen in einer demokratischen Gesellschaft: Wie kämpfen Schüler und Studenten für ihre Rechte?
- \* Die Gewerkschaften und ihre Rolle im Abrüstungsprozeß
- \* Kirchen und Religionen und ihre Rolle im Abrüstungsprozeß
- \* Lehrer/innen - Fortbildung für eine Erziehung für Frieden
- \* Partnerschaften aufbauen - Feindbilder abbauen!
- \* Zusammenarbeit von Eltern und Lehrer/inn/n
- \* Wie können wir unsere Kolleg/inn/en für gemeinsames Handeln gewinnen?
- \* Frauen und Militarismus

3. **Erfahrungsaustausch über Erziehung und Frieden**

- \* Partnerschaften zwischen Ost und West
- \* Schulpartnerschaften zwischen Nord und Süd
- \* Wie sehen Kinder ihre Zukunft?
- \* Projekte zur Förderung gegenseitigen Vertrauens
- \* Ausländerkinder in unseren Schulen
- \* Erfahrungen mit Unterricht in verschiedenen Schulstufen und Fächern (workshops)
- \* Für Fremdsprachenlehrer: future-workshop
- \* workshop: "Auf den Straßen den Frieden verkaufen": Die Rolle von Sprache und Wörtern
- \* Konkrete Unterstützungsprojekte für die Befreiung von Südafrika und Namibia

Die bisherigen Planungen sehen ein umfangreiches Rahmenprogramm vor in der Bundesrepublik und vor allem im Bonner Raum. In der Woche vor dem Kongress können interessierte Einrichtungen und Organisationen Referenten und ausländische Gäste zu Vorträgen und Diskussionen einladen. Die Friedensbewegung wird Delegationen des Kongresses zu Exkursionen in Praxisfelder der Friedensarbeit einladen und sich während des Kongresses auf einem großen Friedensmarkt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern vorstellen. Am Vorabend des Kongresses soll eine große Kulturveranstaltung dieses internationale Ereignis "einläuten".

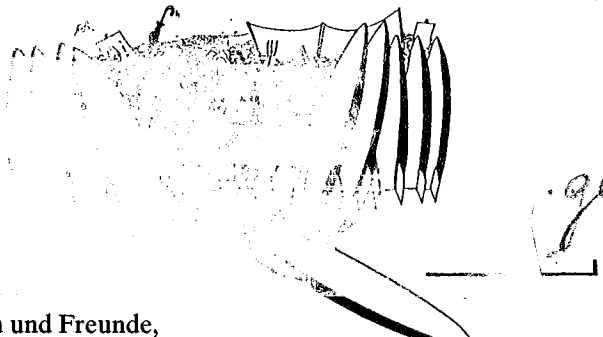
Ein solcher Kongress erfordert viel Vorbereitung und erhebliche finanzielle Mittel. Verantwortlich für die Vorbereitungen in der BRD sind die "Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden" (PPF), für die Vorbereitung vor Ort wurde ein Kongressbüro eingerichtet, bei dem Informationen und Möglichkeiten der Unterstützung angefragt werden können:

#### Kongressbüro

Kölnstraße 198, 5300 Bonn 1, Tel. 0228-637057

Spendenkonto: "Gesellschaft für Friedenserziehung e.V. Siegen", Postgiraamt Dortmund (BLZ 440 100 46), Konto-Nr. 114 90 - 463

(Adressaufkleber)



Liebe Freundinnen und Freunde,

Gerade wenn - wie zur Zeit - keine Großaktionen sondern viele lokale und regionale Veranstaltungen die Arbeit der Friedensbewegung prägen, ist die Vernetzung dieser vielen Aktivitäten und ein intensiver Informationsaustausch wesentlich.

Sendet uns deshalb bitte regelmäßig Informationen über Eure Arbeit, Aktionen und Veranstaltungen. Und zahlt bitte für weiterlaufende und neue Abos bitte den Jahresbeitrag, wenn Ihr den Rundbrief weiterhin regelmäßig bekommen wollt. Der Koordinierungsausschuß wird ausschließlich über diese Abos und Spenden finanziert.

**Vorschau**

Zur Konferenz am 28./29 November erscheint eine Ergänzung dieses Rundbriefs mit weiteren Diskussionsbeiträgen zur Zukunft der Friedensbewegung. Vorgesehen sind bisher u.a. Beiträge von:

Andreas Buro (Komitee für Grundrechte und Demokratie) (vgl. FR); Bund demokratischer WissenschaftlerInnen; Kathrin Fuchs (SPD-MdB) u.a.; DFG-VK, Landesverband Niedersachsen; Bonner Friedensplenum, Kölner Friedensforum, ...; Für dieses Konferenzmaterial können noch kurzfristig (aber dann sehr schnell) Beiträge eingereicht werden. Dieser "Nachtrag" ist im Konferenzbeitrag enthalten.

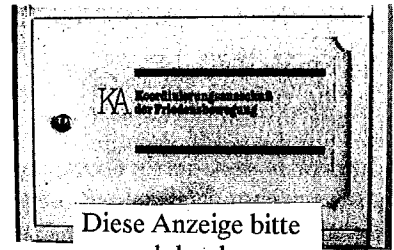
**Impressum**

Herausgegeben vom Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung, Bornheimer Str. 20, 5300 Bonn 1, Telefon: 0228-692904/05

Redaktion : Gerd Greune (V.i.S.d.P.), Mechthild Jansen, Achim Maske, Werner Rätz, Thomas Schmidt (geschäftsführende Arbeitsgruppe), Mani Stenner (KA-Büro) und Franz Weiler mit der Klebstofftube, alle Bornheimer Str. 20, 5300 Bonn 1

Rundbrief 5/87, Auflage: 7000 Stück, Druck: Fa. Henke, Köln

Einzelpreis (Nachbestellungen) DM 1,00, Jahresabonnement incl. Versand DM 20,-, Förderabo DM 50,- Der Koordinierungsausschuß ist für seine Arbeit auf Spenden und Unterstützungsbeiträge angewiesen. Konto: Gerd Greune, Sonderkonto Frieden (KA) Nr. 87 783 bei der Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00)



**Wie lassen sich  
DM 51.600.000.000,- -  
sparen?**

Der Bundestag berät über den Haushalt 1988. Die Regierung will die Rüstungsausgaben erneut erhöhen. Allein der Einzelplan 14 soll auf 51,6 Milliarden steigen. In anderen Etatansätzen sind weitere zig Milliarden an "Verteidigungsausgaben" versteckt. Mit unseren Steuergeldern werden die neuen Offensivwaffen der Bundeswehr für den "Schlag in die Tiefe" bezahlt. "Frieden schaffen mit immer weniger Waffen?"



Die Friedensbewegung muß viel größer und stärker werden. Ihre Arbeit kostet Geld. Geld, das sich aber auszahlen wird: In Sicherheit, Frieden und Abrüstung, durch die Beseitigung aller Atom- und Massenvernichtungswaffen.

**Unterstützt die Arbeit der  
Friedensbewegung!**

Der Rundbrief des Koordinierungsausschusses mit Diskussionsbeiträgen, Terminen und Aktionen kann für DM 20,- abonniert werden. Bestelladresse: **Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung, Bornheimer Str. 20, 5300 Bonn 1, Tel. 0228-692904, Zahlungen an: Gerd Greune Sonderkonto Frieden (KA) bei Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00), Konto-Nr. 87 783.**

**Anmeldung / Rundbrief-Abo**

(ausschneiden oder fotokopieren und zurück an:  
Koordinierungsausschuß, Bornheimer Str. 20, 5300 Bonn 1)

- Ich/wir kommen mit ..... Personen zur Konferenz am 28./29. November nach Bonn und zahlen den Konferenzbeitrag a) DM 10, DM .....
- Ich/wir zahle/n das Jahresabonnement für den Rundbrief (mind. 20,-) für 1987/88 DM .....
- Ich/wir spende/n für die Friedensbewegung DM .....

Die Gesamtsumme in Höhe von DM.....

habe/n ich/wir am ..... gezahlt an:

- G. Greune, Sonderkonto Frieden (KA) Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00), Konto-Nr. 87 783
- G. Greune, Sonderkonto F. Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50), Konto-Nr. 7991-501
- durch beiliegendes Bargeld/ Verrechnungsscheck (Zutreffendes bitte unterstreichen)

Ich/wir möchte/n gern die Rundschreiben des Koordinierungsausschusses erhalten

Ich/wir möchte/n aus dem Verteiler gestrichen werden

Name: .....

Anschrift/Telefon: .....